

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

288 (11.12.1931)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE KARLSRUHE 50 JAHRE BADENS

Unter wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der...

Nummer 288 Karlsruhe, Freitag, den 11. Dezember 1931 51. Jahrgang

Reichspräsidentenwahl

Das Reichskabinett wird sich in der nächsten Woche mit der Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten beschäftigen. Bisher sind in dieser Hinsicht von den zuständigen Stellen noch keinerlei Beschlüsse gefasst worden. Die Amtszeit des gegenwärtigen Reichspräsidenten läuft am 12. Mai 1932 ab. Mit Rücksicht darauf, daß bei der Präsidentenwahl zwei Wahlgänge möglich sind, und wie 1925 zweifelhafte auch 1932 notwendig werden, muß der erste Wahlgang so frühzeitig vor sich gehen, daß der zweite Wahlgang vor dem Ablauf der Amtsperiode des Reichspräsidenten stattfinden kann, und zwar wäre das im März. Da aber auch auf den 27. März und Palmsonntag auf den 20. März nicht und infolgedessen diese beiden Tage als Wahltage zweifelhaft nicht in Frage kommen dürften, ist damit zu rechnen, daß der 13. März als Tag für den ersten Wahlgang angelegt wird. Die letzte Entscheidung darüber wird jedoch beim Reichstag bzw. beim Reichspräsidenten in maßgebenden politischen Kreisen vor der Zeit auch die Angelegenheit, inwieweit es möglich ist, die Amtsperiode des gegenwärtigen Reichspräsidenten zu verlängern. Entscheidend dafür ist, ob der Reichspräsident v. Hindenburg das verantwortliche Amt des Reichsoberhauptes weiter führen will und ob im Reichstag für eine entsprechende Verlängerung seiner Amtsperiode die hierzu erforderliche Zweidrittelmehrheit aufgebracht werden kann.

Sozialdemokratie und Notverordnung

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschloß am Donnerstag nachmittags in mehrstündiger Sitzung mit dem neuen Notverordnungsabkommen übereinstimmend wurde festgestellt, daß wesentliche Bestimmungen dieser Notverordnung und insbesondere diejenigen, die die Lohnentzugungen betreffen, gegen die einschlägigen Bestimmungen und den stärksten Widerspruch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erlassen worden sind. Der Fraktionsvorsitzende beschloß sich weiter mit der politischen Gesamtsituation und den politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen, die durch eine Einberufung des Reichstags herbeigeführt werden könnten, gegen die Einberufung des Reichstags herbeigeführt werden. Beschlüsse wurden noch nicht gefasst. Eine neue Sitzung ist für Montag vormittags angesetzt. Am Montag nachmittags tritt dann die Reichstagsfraktion zusammen.

Stillschaltungsverhandlungen in Berlin

Berlin, 10. Dez. Die Stillschaltungsverhandlungen zwischen dem deutschen Schuldnerausschuß und den Gläubigervertretern der beteiligten fremden Länder beginnen, wie angekündigt, Freitag nachmittags, und zwar in den Räumen der Reichsbank. Es handelt sich, wie von unabhängiger Seite erneut ausdrücklich betont wird, bei diesen Verhandlungen lediglich um Verhandlungen zwischen den beteiligten Finanzleuten, an denen die deutsche Regierung nicht unmittelbar beteiligt ist.

Die Sonderbotschaft Hoovers

WAS, Washington, 10. Dez. (Eig. Meldung.) In einer Sonderbotschaft des Präsidenten Hoover, die sich mit auswärtigen Angelegenheiten befaßt, laßt Hoover u. a. erhoffen, daß nicht nur über die Reparationen, sondern auch über die Verbindlichkeiten der Reparationen bei heute größer, als vor dem Kriege, was nicht unwesentlich zur heutigen Unfähigkeit in der Welt beiträgt. Die Welt sollte sich durch keine Anarchie irgendwelcher Art entmutigen lassen, die Reparationen auf vernünftige und maßvolle Basis zu beschränken.

Französischer Antrag zur Reparationsfrage

Die französische Regierung macht eine Herabsetzung der Reparationszahlungen von einer Kriegsschuldenerklärung abhängig.

London, 10. Dez. Wie Reuters aus Washington meldet, hat die französische Regierung der amerikanischen Regierung formell mitgeteilt, daß eine Revision der Reparationsverpflichtungen von einer entsprechenden Herabsetzung der Kriegsschulden begleitet sein müsse.

Landesverräterischer Nazi

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Göring hat einem römischen Blatt als Antwort auf die Rede Brüning am Kundentag ein Interview gewährt, dessen Inhalt geradezu an Landesverrat anstößt. Göring behauptete z. B., daß Brüning die Nationalsozialisten auf Veranlassung Frankreichs und unter dem Druck der Sozialdemokratie angegriffen habe. Ferner erklärte er den Versuch mit Brüning für endgültig.

Polens Außenminister in London

London, 10. Dez. Der polnische Außenminister, Jaleski, der gestern Abend in London eingetroffen ist, wird heute vormittags eine Zusammenkunft mit dem Premierminister MacDonald haben und nachmittags den Außenminister Simon befragen. Letzterer gibt abends ein offizielles Essen zu Ehren des Gastes. Morgen vormittags wird der Minister vom König in Audienz empfangen werden.

RTW Stockholm, 10. Dez. Der deutsche Hauptmann a. D. Kerner, der von der Nationalsozialistischen Partei den Auftrag hatte, in Schweden eine Sektion der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu gründen, wurde von der Polizei verhaftet. Schweden bedankt sich für solchen „Import“.

Notverordnung und Lohn

Stegerwalds Rechtfertigungsversuch

Die bitterste Bille des neuen Notverordnungsrezepts der Reichsregierung ist die Lohnentzugung. Der Reichsarbeitsminister hat sich deshalb die Mühe gemacht, in seiner vor der Zentrumspartei in Münster gehaltenen Rede über die Notverordnung von neuem die Lohnentzugung im Gesamtrahmen unserer wirtschaftlichen Situation zu beleuchten.

Der Grundgedanke seiner Ausführungen war der Ruf: Zurück zur nüchternen Wirklichkeit! Diese Rückkehr sei die historische Aufgabe, die jede Regierung in diesen Tagen durchführen müsse, ganz gleich, von wem sie geführt werde. Die Etats des Reichs, der Länder und der Gemeinden müßten 1932 mit einem Defizit von 2 Milliarden rechnen; diese Etats seien unter allen Umständen in Ordnung zu bringen. Bei Kohle, Eisen und Reichsbahn seien Preis- und Frachtkontingenzen unvermeidlich. Bei Kohle und Reichsbahn könne man aber größere Preis- und Frachtkontingenzen ohne Lohn- und Gehaltskürzungen nicht herbeiführen. Nun könne man aber bei Beamten die Gehälter nicht unter das Friedensgehalt von 1913 herabsetzen, bei den Reichs-, Länder-, Gemeinde-, Reichspost- und Reichsbahnarbeitern, Berg- und Hüttenleuten die Löhne empfindlich kürzen und im übrigen alles beim alten lassen. Wenn diese Arbeitergruppen im Lohn nachgeben müßten, dann sei es unmöglich, daß etwa die Löhne der Arbeiter in Gewerben der Binnenwirtschaft durch staatliche Verbindlichkeitserklärungen auf einer viel höheren Basis stabilisiert werden. Wenn die Preisbasis nach unten gedrückt werden solle, dann müsse das auf der ganzen Linie geschehen, sonst seien die Opfer bloß einzelner Arbeitergruppen vergeblich, und es werde nie und nimmer eine Erhaltung des Reallohns erzielt. Man könne nicht die eine Arbeitergruppe durch eine andere ausbeuten lassen. Auch sei es nicht anständig, etwa bloß dort die Löhne zu senken, wo die gebundenen Preise gesenkt würden, weil wohl von den meisten Tarifverträgen Betriebsgruppen mit gebundenen und solche mit ungebundenen Preisen erfaßt seien. Daher würden die Löhne allgemein gesenkt, während die gebundenen Preise durch die Notverordnung und die ungebundenen, wirtschaftlich nicht gerechtfertigten Preise durch den Reichskommissar gesenkt würden. Es sei nicht nur ein Eingriff in das Lohn-, sondern auch in das Preisgebäude erfolgt, und die Reichsregierung sei dabei weitergegangen als vor Jahren Mussolini in Italien.

Nach diesem Versuch zu einer Begründung für die allgemeine Lohnentzugung beschäftigte sich der Reichsarbeitsminister besonders eingehend mit der Lohnentzugung im Bergbau, weil dieser die Bergarbeiter überaus hart trifft. Das dritte Hauptstück in Stegerwalds Rede besteht in einer Erklärung für den Eingriff in die Tarifverträge. Wäre die ganze Neuordnung der Löhne nur durch das Schlichtungswesen geregelt worden, dann hätten sich die Verhandlungen bis Ende Januar oder Mitte Februar nächsten Jahres hingezogen. Das hätte, weil vor der angeforderten Preisentzugung niemand gekauft haben würde, für die Dauer von zwei Monaten eine große Störung des Wirtschaftslebens und damit eine Vermehrung der Arbeitslosen um Hunderttausende zur Folge gehabt. Der Eingriff in den Tarifvertrag sei ein einmaliger; er sei roh, was auf gleichem Wege bei der Vielgestaltigkeit der Tarifverträge gar nicht anders möglich sei. Während der Laufdauer der Tarifverträge würden die Parteien über die neuen Gestaltungsbedingungen nach Ablauf des jetzigen Zustandes zu verhandeln haben. Manches werde wieder ausgeglichen werden, was sich als nicht dauernd möglich herausstelle. Der Kollektivvertrag selbst bleibe erhalten. Weitere gelegliche Eingriffe in das Schlichtungswesen seien unmöglich und würden abgelehnt. Lohnpolitisch werde jetzt, von einigen wenigen Gewerben und Standorten abgesehen, wo noch Ausgleich zu schaffen seien, für längere Zeit Ruhe eintreten müssen. Jetzt, wo die Löhne gesenkt seien und eine größere Zins-erleichterung in Durchführung bedürftig sei, müßten die Arbeitgeber prüfen, auf welchen anderen Gebieten eine weitere Senkung der Gestehungskosten vorgenommen werden könne.

Was soll man zu Stegerwalds Rechtfertigungsversuch sagen? Er vertritt, das ist mit dem Lohnabbau schon gemacht wurde, Er versucht den Eingriff in das Tarifrecht begründlich zu machen. Den Bergarbeitern redet er gut an, noch einmal in den sauren Apfel zu beißen. Wie die Dinge im Augenblick liegen, wird nicht nur den Bergarbeitern, sondern den Arbeitern ganz allgemein in Deutschland nicht viel anderes übrig bleiben, als in den sauren Apfel zu beißen. Die Regierung und mit ihr Deutschland und mit ihm auch die Arbeiter stehen in einer Zwangslage. Alles Tragen, warum diese Zwangslage entstanden ist, nützt im Augenblick herzlich wenig. Die Beantwortung dieser Frage ist ein Kapitel für sich. Im Augenblick lautet die Alternative nur: Weniger Brot oder gar keines? Daß die Nazis kein Brot schaffen, steht für jeden Menschen mit fünf gesunden Sinnen längst fest.

Unterm Hakenkreuz und Sowjetstern

Berlin, 11. Dez. (Funkdienst.) Am Donnerstag kam es in der Reichshauptstadt unweit des schlesischen Tores wieder zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Es wurden etwa 30 bis 40 Schüsse gewechselt. Zwei an der Schieberei beteiligte Personen wurden schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus geschafft werden. Die Polizei nahm im Zusammenhang mit der Tat 73 Personen fest. Darunter 60 Hakenkreuzler und 13 Kommunisten. Bei der Durchsuchung des in der Nähe gelegenen Nazilagers wurden zum Teil an verbotenen Stellen vier geladene Schusswaffen gefunden.

Berliner Börsenzeitung auf acht Tage verboten

Berlin, 10. Dez. Die Berliner Börsenzeitung ist heute auf Grund eines Artikels in Nummer 575 vom 10. Dezember 1931 vom Reichspräsidenten auf die Dauer von acht Tagen verboten worden.

Demagogen

Und so etwas will regieren

In Helsen haben Verhandlungen zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten über eine gemeinsame Regierungsabstimmung stattgefunden. Der Ausdruck „Verhandlungen“ trifft den Tatbestand allerdings nicht. Die Nationalsozialisten haben dem Zentrum eine Liste von 12 Punkten überreicht, mit der Erklärung, daß es sich dabei um ein unteilbares Ganzes und um ein Mindestprogramm handelt, das Kompromisse nicht zulässig seien und daß sie dem Zentrum nur die Wahl lassen, anzunehmen oder abzulehnen.

Dieses Ultimatum ist von dem Wünsche getragen, dem Zentrum die Annahme von vornherein unmöglich zu machen, oder es anzunehmen den Anhängern des Nationalsozialismus als gesähtes, mörderisches Dienen der Nationalsozialisten, in Freiheit dreißigt, vorzuführen. Entleidet man diese 12 Punkte des demagogischen Weltwerks, so bleibt als Sinn übrig: Die Nationalsozialisten erhalten die politische Macht in Helsen, dem Zentrum wird die Rolle einer Hilfsstruppe zugewiesen, das zu gehorchen, aber nichts zu tun hat. Ein einziges Ministerium soll geschaffen werden und dieses Ministerium soll mit einem Nationalsozialisten besetzt werden. Für eine wirkliche Regierungsbeteiligung des Zentrums ist demnach natürlich kein Raum. Dieser Gedanke ist umrankt von einer Reihe von demagogischen Forderungen, die teils nicht geistiges Eigentum der Nationalsozialisten sind, teils von ihnen, wie bekannt, nicht ernst genommen werden.

Ein Teil dieser Schwärmereien ist in Helsen bereits durchgeföhrt und zwar von den Sozialdemokraten! Wie es im übrigen die Nationalsozialisten mit dem Zentrum halten, wenn sie wirtschaftlich und sozial auf das deutlichste gesetzt. Als Herr Fried in der Sitzung der Ministerpräsidenten. Die Nationalsozialisten haben zwar sehr fröhlich für Herrn Fried geforrt, trotz allen Einsparungsgeboten, das sie vorher anstimmten. Sie haben Bestimmungen über Sonderrenten für ihn im Landtag durchgesetzt und sie haben unter Aufwendung staatslicher Kosten weitere Nationalsozialisten in Futterkruppen zu sehen versucht. Die letzten Auseinandersetzungen im thüringischen Landtag haben darüber hinreichend

Klarheit gebracht. Ähnlich war es in Braunschweig, wo durch die Notverordnung bereits die Zahl der Minister auf einen beschränkt worden war. Trotz dieser Notverordnung haben die Nationalsozialisten von ihren bürgerlichen Koalitionsgenossen die Wiedereinführung eines zweiten Ministers erzwungen, nur um Platz zu machen für Herrn Klages.

Die Nationalsozialisten wollen aus Helsen ein Ueberbraunschweig und Ueberthüringen machen. Der Geist, in dem sie zu regieren gedenken, ist klar. Er wird dadurch charakterisiert, daß auf Antrag der Nationalsozialisten im hiesigen Landtag der im Verdacht des Hochverrats stehende Dr. Best, der Verfasser der berichtigten bestialischen Vorbeimer Dokumente, in den hiesigen Staatsgerichtshof gebracht worden ist. Von einer Suspendierung von Best und seinen Stützgeßeln von ihren Parteiämtern und öffentlichen Mandaten durch die Reichsleitung der NSDAP, ist längst keine Rede mehr. Sie sind geschäftsführende Repräsentanten der nationalsozialistischen Partei im hiesigen Landtag.

In der hiesigen Zentrumspartei weiß man, soviel wir hören, zwischen dem Kern der zwölf Punkte der Nationalsozialisten und dem demagogischen Beiwerk sehr wohl zu unterscheiden. Man weiß, daß die Forderungen, wie die der Einstellung der Kultur- und Schulpolitik auf christlich-nationaler Grundlage — also Abschaffung der Simultanschule — rhein-mainischen Simultanschule — nur darauf bezweck sind, das Zentrum ins Garn zu loden, um es dann so an die Wand zu quetschen, wie die bürgerlichen Parteien in Braunschweig von den Nationalsozialisten an die Wand gedrückt worden sind.

Es besteht deshalb beim hiesigen Zentrum sehr wenig Neigung, sich mit den Nationalsozialisten einzulassen, gar keine Neigung vor allem, das archaische und hochfahrende Ultimatum der Nationalsozialisten auf Kosten des Ansehens der Zentrumspartei anzunehmen.

Darmstadt, 11. Dez. (Funkdienst.) Das Zentrum wird auf die „Bedingungen“ der Nationalsozialisten heute seine Antwort erteilen und zugleich veröffentlicht; die Antwort ist in einer scharf ablehnenden Form gehalten.

General Boulanger, der Hitler Frankreichs

So unbegreiflich und merkwürdig der rapide Aufstieg Hitlers im Deutschland der Nachkriegszeit ist, so hat er doch seine Parallele in einem ähnlichen Vorgang Frankreichs in der Periode nach 1870/71 in der Persönlichkeit des Generals Boulanger. Nach einem verlorenen Krieg waren noch alle Staaten sehr leicht in der Gefahr, Opfer politischer Phantasien zu werden, wie dies bei Deutschland durch die Diktatorphantasie der Fall ist, wobei in Deutschland zu der schweren politischen Lage noch die wirtschaftliche Krise kommt, von denen andere Staaten in ähnlicher Lage oft verschont bleiben. Ebenso wie es jedoch Frankreich möglich gewesen ist, das Gespenst des Boulangerismus zu zerstreuen und in sein hohles Nichts aufzulösen, muß dies auch dem deutschen Volke gelingen, und der Sieg wird für die breiten deutschen Volksmassen um so leichter und sicherer sein, je mehr und energischer sie zur entschlossenen Gegenwehr gegenüber der giftigen Volksseuche des Bolschismus aufstehen.

Der Fall des Generals Boulanger in Frankreich kann jedoch für das deutsche Volk überaus lehrreich sein, und es ist daher zu begrüßen, daß Dr. Bruno Weiss, der bereits im Vorjahre den Fall Dreyfus in einem überaus interessanten und lehrreichen Buch vorgelegt hat, jedoch ein äußerst interessant geschriebenes und politisch immens lehrreiches Werk „Glück und Elend des Generals Boulanger“, (Verlag Dr. Walter Köhlschlag, Berlin-Grünwald, Preis 4,80 M.) herausgegeben hat und damit ein Geschichtslektüre von größter Bedeutung für die heutige Gegenwart Deutschlands der breitesten Öffentlichkeit vorlegt. Das Werk läßt vor allem die drohenden Kriegsgefahren erkennen, in die das damalige Frankreich durch seinen damaligen „Nationalhelden“ Boulanger um ein Haar gekommen wäre. Es zeigt aber auch gleichzeitig die Parallelen zu den Vorgängen im heutigen Deutschland, ohne daß diese etwa besonderer Hervorhebung bedürfen. Trotz starker Betirungen unter dem Einfluß der schnell bezugbaren Persönlichkeit Boulangers erkannte — nachdem die erste Enttäu- lung vor sich gegangen war — das französische Volk rasch, daß leidenschaftliche Tiraden allein den Patrioten nicht ausmachen und warf damit den Boulangerismus schnell in die Wertekatastrophe, aus der er sich zu gewaltiger Höhe sich emporgerichtet hatte.

Wenigstens heute in Deutschland stand damals im Jahre 1889 die Gefahr der Besitzergreifung Frankreichs durch General Boulanger im Reichweite. Der ehemalige Kriegsminister Boulanger hat sich bereits auch politisch durch zunehmende Bestimmungen zu seinen Gunsten bei den Kammerwahlen eine starke Machtposition erworben. Geschickt verfiel er es, zu verhalten, ab er auf seinen der Vintzen oder auf seinen der Rechten steht; dabei verhandelt er aber im Stillen bereits mit dem Prinzen Jerome Napoleon, der in der Schweiz lebte, nicht minder aber auch mit der „königlichen“ Linie. Alle Mittel der Regierung ihm gegenüber verlagern zunächst. Mit überwältigender Mehrheit entsendet ihn das Innenministerium Nord in die Kammer. Es ist ein wahres Meibisitz für den General. Nur die Opportunisten, ein Teil der Radikalen und der Sozialisten bekämpfen ihn. Die Rechte hat bereits ihren Bundesgenossen erkannt. Trotzdem wird Boulanger am 27. Januar 1889 in Paris, der Hochburg der Revolutionäre, mit starker Mehrheit gewählt. Sein Kullinationspunkt ist erreicht, Nationalisten und Monarchisten mit Hochruf. Dreyfusde an der Spitze feiern ihn in den höchsten Tönen. Die Macht ist wie eine reife Frucht zu den Füßen des Generals. Er braucht sich nur zu bücken, um sie aufzuheben. Rochefort drängt zum Handeln. Aber Boulanger weiß sich nicht zu entscheiden. Er läßt in jener entscheidungsvollen Nacht Minute auf Minute verfließen, bis einer seiner Parteifreunde ihm auf die Schulter klopfend erklärt: „Herr General, seit zehn Minuten ist ihre Popularität im Abstieg.“

So rasch wie der Aufstieg Boulangers so jäh kommt nun der Zusammenbruch der noch soeben unüberwindlich scheinenden Volksbewegung. Kammer und Volk haben ihre Ketten wieder gewonnen. Die Kammer rafft sich auf, hebt die parlamentarische Immunität Boulangers auf und klagt ihn wegen Hochverrats vor dem obersten Gerichtshof an. Boulanger, der sich eben noch in seinen Tiraden als Beherrscher Frankreichs und Sieger über Deutschland selbst verberückt hatte, flieht nach Brüssel und beseht kurze Zeit später an Liebeskummer am Grabe seiner kurz zuvor verstorbenen Freundin Selbstmord.

Die Volksmassen Frankreichs aber werden durch die nunmehr hinter ihnen liegenden Gefahren noch gemacht, sie schließen sich unter dem Banner des Sozialismus zu einer geschlossenen Phalanx zusammen, die sich dann in Verbindung mit der auch um jene Zeit ins Leben gerufenen Liga für Menschenrechte beim Dreyfusprozess als Sammelfläche der Demokratie und der Freiheit in harten Kämpfen so gut bewähren sollte. Was im Bürgertum noch irgendwie freibühlich gestimmt war, erkannte die Gefahren und machte gegen sie Front. Die Arbeiterschaft hatte jedoch erkannt, daß Demokratie und Freiheit die Voraussetzungen des Aufstiegs der Arbeiterklasse waren. Die politische und soziale Quacksalberei Boulangers war nämlich gescheitert. Wie ein Wölkchen erhob sich aus der Asche der riesigen Bewegung — der Sozialismus in Frankreich. Der französische Hitler war tot und von den Massen Frankreichs, die ihn getragen hatten, schnell vergessen. Der französische Sozialismus wurde sein Erbe. Möge das deutsche Volk aus diesem Vorgang in Frankreich, der in Weiss' Werk „Glück und Elend des Generals Boulanger“ so eindrucksvoll zu Gemüte geführt wird, lernen und ebenso wie unser Nachbarland politischer Phantasieerei den Abschied geben, bevor sie noch das deutsche Volk reiflos ins Unglück gestürzt hat.

Protest des Reichsbanners

Die Bundespressstelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilt mit: „Der Bundesvorstand des Reichsbanners ist für den 14. Dezember einberufen, um anlässlich der durch die neue Notverordnung geschaffenen Lage den weiteren Kurs des Bundes zu bestimmen. Der Bundesleitung ist unverständlich, daß die Regierung durch das unterschiedslos Verbot des Tragens der Wehrtafeln angeschlossen hat, außerhalb der Presse für die von ihr selbst als lebensnotwendig bezeichnete Einheitsfront in außenpolitischen Fragen zu werden und beizutragen, die Sitterschule zu brechen. In dem unterschiedslosen Verbot des Tragens von einheitlicher Kleidung und Abzeichen sieht die Bundesleitung einen ersten Ausdruck innerer verhängnisvoller Schwäche des Staatswillens, der dem Radikalismus wesentlichen Antriebs gibt. Es ist schlimm um einen Staat bestellt, der Bürger verbietet, Abzeichen in seinen Farben zu tragen. In der Schwäche des Staatswillens, nicht im Tragen von Abzeichen liegt das Begründet, daß Nachrichten über blutige Zusammenstöße die Spalten der Zeitungen füllen. Ueber ein Kurzes dann wird auch diese Regierung einsehen müssen, daß gerade in Zeiten, da ein Volk innere und außenpoli-

Die Finanzlage

Die Schwierigkeiten der Länder und Gemeinden

W.D. Berlin, 10. Dez. Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat heute vormittag unter außerordentlich starker Beteiligung der Parteien zusammen, um Ausführungen des Reichsfinanzministers Dietrich über die Finanzlage und die neue Notverordnung entgegenzunehmen. Die Sitzung hatte wegen des starken Andranges Lebnlichkeit mit einer Plenarsitzung des Reichstages. Alle übrigen Ausschüsse, die für Donnerstag vormittag Sitzungen anberaumt hatten, wurden abgesetzt und auf später verlegt, damit alle im Laufe anwesenden Abgeordneten den Darlegungen des Ministers subören konnten. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei, die ebenfalls heute vormittag zusammentreten sollte, verlegte ihre Beratungen auf Freitag.

Reichsminister Dietrich wies zunächst darauf hin, daß der parlamentarische, im März verabschiedete Etat für 1931 um 1,4 Milliarden auf 9,3 Milliarden gesenkt worden sei. Die Gesamtausgaben für 1930 seien sogar eine Senkung um 2,6 Milliarden vor. Die Grenze von 10 Milliarden, über die seit 1927 der Etat hinausgegangen war, sei nunmehr also wieder stark unterschritten. Die Vorgänge hätten zu einer Sitzung auch der öffentlichen Finanzen geführt. Das Reich habe im öffentlichen Interesse nicht nur mit seinen Mitteln einsparigen müssen, sondern es habe auch gelitten unter dem Steueranfall, der im Juli 1931 etwa 200 Millionen erreichte. Dadurch seien die rigorosen Maßnahmen der Finanzverwaltung erforderlich geworden, die jetzt a. T. wieder aufgehoben seien. In dem von der Regierung beabsichtigten Etat sei das Aufkommen aus Zöllen und Steuern um 1,714 Milliarden niedriger geschätzt worden. Für Krisenfürsorge, Wohlfahrtsverbandsleistungen, die für die Knappheitsfälle mühen 764 Millionen mehr auszugeben werden. Diese rund 2 1/2 Milliarden wurden durch Reparationserleichterungen in Höhe von 784 Millionen durch Rückgang der Steuerübernahmen an die Länder und der Rest durch Ausgabeerleichterungen abgedeckt. Die Hoffnung, daß die deutschen Finanzen durch die Nichtzahlung der Reparationen saniert werden könnten, habe sich nicht erfüllt, weil die durch die furchtbare Wirtschaftskrise verursachten Steueransätze weit höher sind als die Einnahmen. Die Sparmaßnahmen hängen heute nicht ab von der Entwicklung der deutschen Wirtschaft allein, sondern von der Entwicklung der Weltwirtschaft und Wirtschaftsverhältnisse des Auslandes. Nach dem heutigen Stand der Dinge muß damit gerechnet werden, daß die Einnahmen um weitere 200 Millionen Mark sinken. Es steht ferner fest, daß es nicht möglich ist, die im Etat für den Verkauf vorzusehenden 150 Millionen Mark Reichsbahnobligationsanleihen unterzubringen; dazu treten etwa 50 Millionen Mark Staatsanleihen für Winterhilfe und ähnliche Dinge, so daß ein erneutes Leih von etwa 400 bis 450 Millionen Mark eintritt.

Der Minister machte dann Ausführungen, wie dieses „Leih“ abgedeckt werden soll. Die Zahl der Empfänger der Arbeitslosenversicherung übersteigt heute nur unwesentlich die Zahl der Beschäftigten, dagegen ist die Zahl der Besizer der Kassenunterstützung liberalisierend um 200.000 hinter der errechneten Ziffer zurückgeblieben. Der Minister wies dann sachgemäß nach, daß der Etat für die Reichswehr sich verringert hat.

Ein Vergleich mit den Aufwendungen des Jahres 1913 zeigt, daß die Befugnisse unzureichend ist, daß das Reich heute verschwendlicher wirtschaftet als früher. Rechnet man die Ausgaben weg, die auf die Kriegsschulden zurückzuführen sind, so haben wir jetzt eine Reichtumsausgabe von etwa 2 1/2 Milliarden, während sie 1913 2,4 Milliarden betragen hat. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Aufwendungen für soziale Zwecke jetzt 440 Millionen

höher liegen als 1913. Diese Neuausgaben gleichen sich mit den Einnahmeverminderungen aus. Im eigentlichen Reichsaufwand stehen wir also wieder da, wo wir 1913 standen.

Damit ist festgestellt, daß alle Vorwürfe, das Reich treibe eine unverantwortliche Wirtschaft, völlig außer Acht sind. Weitere Sparnisse könnten vielleicht beim Apparat der Steuerverwaltung gemacht werden, nicht aber bei der Zollverwaltung, die gegenwärtig gegen das überhandnehmende Schmugglerunwesen kämpfen hat.

Schlummer als die bereits genannten jetzt es mit den Finanzen der Länder und Gemeinden.

Mit den Finanzministern der Länder sei er darüber einig, daß auch die Länderretats ins Gleichgewicht gebracht werden müssen. Auch die Länder hätten bereits (starke Sparmaßnahmen ergriffen).

Die Lage der Gemeinden ist vor allem durch die hohe Belastung mit den Ausgaben für Wohlfahrtsverbandsleistungen sehr schwierig geworden. 230 Millionen stellt das Reich hierzu zur Verfügung. Es handelt sich dabei um Gemeinden, die bisher keine oder nur geringe Realsteuern hatten, weil sie früher nicht brauchten. Diese Gemeinden soll jetzt die Realsteuererhebung bis zum Durchschnittssatz des betreffenden Landes gestattet werden.

Mit der Arbeitslosenversicherung werden wir jetzt durchkommen. Bei der Krankenversicherung wird es keine großen Sorgen geben. Die Unfallversicherung bereitet uns Sorgen, weil die Fälligmachung der Reserve schwierig ist. Ähnlich liegt es bei der Unfallversicherung.

Zu einzelnen Steuern erklärte der Minister: Im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage ist das Aufkommen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer sehr zurückgegangen. Wir haben durch Körperschaftsteuer und andere Maßnahmen einen Ausgleich versucht. Die Einkommensteuerbelastung ist heute stellenweise auf über 50 Prozent und trotzdem ist das Einkommen stark rückläufig. Die Körperschaftsteuer wird ebenfalls zurückgehen müssen, so daß eigentlich die Gemeinden damit auskommen müssen.

Die Körperschaftsteuer wird angesichts der Entwicklung der Wirtschaft ganz wesentliche Minderrträge bringen.

Bei den indirekten Steuern sind wesentliche Erhöhungen vorgenommen worden. Bei der Zigarette war es zu einer Ueberbelastung gekommen, die nicht aufrechterhalten werden konnte. Nach den Erfahrungen der Biersteuer hat sich gezeigt, daß Minderrträge die Folge waren, wobei allerdings auch die schlechte Wirtschaftslage berücksichtigt werden muß.

Die Beamtenbesoldung ist durch die Notordnungen um über 20 Prozent gekürzt worden. In den unteren Gruppen hat der Staat im Vergleich zu 1913 nur noch den Kinderzuschlag mehr erhalten, trotz der wesentlich teurer gewordenen Lebenshaltung. In den mittleren Gruppen ist gegen 1913 das Einkommen auf 96 Prozent und bei den höheren Gruppen auf 88 Prozent gesunken.

In dem nächsten Etatjahr werden die direkten Steuern maßgeblich nur 1800 Millionen Mark erbringen. Die Körperschaftsteuer wird wahrscheinlich nur noch 120 Millionen Mark erbringen. Seit November 1930 hat das Deutsche Reich keinerlei neue Realsteuern mehr aufgenommen. Die Lage ist schwierig, was insbesondere die Ueberbelastung des 1. Januar betriebe, aber das Deutsche Reich werden alle Finanzverpflichtungen nachkommen können. Die Erhöhung der Umsatzsteuer wäre die letzte Reserve.

Schließlich berichtete der Finanzminister noch über die Verteilung des Reiches an den Banken.

tisch um sein Dasein kämpft, das offene und freudige Bekenntnis verfassungstreuer Bürger zu sein, Symbol ihres Staates und ein unentbehrlicher Ausdruck der inneren Geselligkeit und Verbundenheit ist.“

Der P. e. sdiktator

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht die Verordnung über die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung, in dem es u. a. heißt:

Der Reichskommissar kann Vorschriften oder Anordnungen über Preise für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs oder für lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs erlassen, Preispannen und Zuschläge regeln. Er kann auf die freiwillige Senkung durch die Preisstellen hinwirken oder Preisfreie Preispannen oder Zuschläge durch entsprechende Vorschriften oder Anordnungen lenken, er kann nach seinem Ermessen die Preise, Preispannen oder Zuschläge unmittelbar herabsetzen oder andere hierauf abzielende Maßnahmen treffen. Zwischendurch-



Preisabbaulommissar Dr. Goerdeler, bisher Oberbürgermeister von Leipzig.

gen gegen die Vorschriften oder Anordnungen des Reichskommissars können mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafe oder mit mehreren dieser Strafen bedroht werden; die Geldstrafe kann in unbefristeter Höhe angedroht werden.

Der Reichskommissar kann die Fortführung von Betrieben, durch die lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs oder lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs in den Verkehr gebracht werden, unterlagen, wenn der Inhaber oder Leiter des Betriebs den auf Grund dieser Verordnung erlassenen Vorschriften oder Anordnungen widersteht oder wenn sonst Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß der Inhaber oder Leiter des Betriebs die für den Betrieb erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt. Er kann die Schließung der Betriebs- und Geschäftsräume solcher Unternehmungen anordnen.

Weiter enthält die Verordnung die Ermächtigung für den Reichskommissar, die Aushängung von Preistafeln für Läden, Schaufenstern, für den Wochenmarkt, für Markthallen oder für den Straßenhandel vorzuschreiben, die auch die Art der Gegenstände nach der üblichen Einheit und nach Sorte, Güte und Herkunft enthalten

lassen. Schließlich wird in der Verordnung gesagt: Der Kommissar kann beim Vorliegen eines besonderen Bedürfnisses zur Befriedigung von Preisen, Preispannen und Zuschlägen Preisausgleichs aus den betroffenen Kreisen bilden und ihre Befugnisse regeln. Die obersten Landesbehörden weisen die Preisstellen an, die Durchführung der allgemein vorgeschriebenen Maßnahmen im einzelnen durch politische Verfassung anzuordnen.

Brünnings Appell an das Ausland

Der Reichskanzler äußerte sich am Donnerstag nachmittags während eines teilmäßigen Tees der ausländischen Presse im Presseabteilung der Reichsregierung u. a. auch über die nationalsozialistische „Schattenregierung“. Er führte u. a. aus:

„Im Ausland haben sich im Anschluss an gewisse Interviews die letzten Wochen falsche Aufstellungen über die Lage in Deutschland geäußert. Ich kann nur nochmals erklären: Die Reichsregierung unter allen Umständen gewillt, alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, wenn illegale Wege bedrängen werden sollten. Das solcher Zeit in einem Volk, welches, wie das deutsche, seit 17 Jahren unebener Leiden erduldet hat, radikale Richtungen hochkommen, ist ganz selbstverständlich. Eine Verkärung des Radikalismus war insbesondere zu erwarten, angesichts der schweren Opfer, die wir dem deutschen Volk aufzuerlegen geüht waren. Gegenüber den Neuerungen, welche nationalsozialistische Führer in letzter Zeit getan haben, kann die Reichsregierung nur immer wieder verkünden, daß sie bei aller Sorge, mit der sie die das Umfänglichen des Reiches verfolgt, die Zügel fest in der Hand hält. Ich befinde mich hier in absoluter Uebereinstimmung mit dem Reichswehrminister und Reichsinnenminister General Gröner. Wenn im Ausland wegen des Aufstiegs des Nationalsozialismus behauptet wird, so kann man sich schließlich auch darüber klar sein, daß daran die weltwirtschaftlichen Verhältnisse und die politischen Zwangslagen der Vergangenheit einen mindestens hundertprozentigen Anteil haben.“

Brüning schloß: „Ich bin überzeugt, daß die Welt mit einem Schlag die Gefahr des Nationalsozialismus bekämpfen könnte, wenn sie Deutschland so helfen würde, wie es eines Erachtens auch menschlichen Standpunkt aus notwendig wäre.“

Bau des neuesten Cunard-Dampfers eingeleitet

London, 10. Dez. Die Cunard-Compagny hat den Bau ihres neuen Schiffes, das der größte und luxuriöseste Dampfer der Welt werden und im Februar nächsten Jahres vom Stapel gelassen werden sollte, eingeleitet. 3000 Arbeiter waren beim Bau des Dampfers in Clydebank beschäftigt.

Mit Zwiebeln und Kartoffeln gegen das Parlament von Chile

Santiago de Chile, 10. Dez. Vor dem Parlamentsgebäude riefen sich gestern eine aufserordentliche Menschenmenge zusammen, die sich gegen den merkantilistischen Gegenstand wie getrockneten Fischen, Zwiebeln, Kartoffeln, Getreide um bewaffnet hatte und sie als Waffe gebrauchte, um die Auflösung des Kongresses zu erzwingen. Sie wurde durch 500 Kavallerieleute zerstreut, sammelte sich aber unter der Führung von Kapitulationsoffizieren von neuem, beschwerte mehrere Straßenbahnwagen und zertrümmerte die Scheinwerfer mehrerer Kaufhäuser. Die Polizeikräfte mußten verfeuert werden, um die Straßen zu säubern. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

Freistaat Baden

Baden und die neue Reichsnotverordnung

Befestigung der richtigen Politik Badens
Gleichstellung der badischen Beamten mit den Reichsbeamten

Ueber die Auswirkungen der neuen Reichsnotverordnung auf das Land Baden gingen in den letzten Tagen wie bei solcher Gelegenheit immer die verschiedensten Gerüchte. Es ist daher sehr begrüßenswert, daß der badische Finanzminister Dr. Mattes die schnellste Gelegenheit ergriff, um diesbezüglich Klarheit zu schaffen. In einer Pressebesprechung im badischen Finanzministerium äußerte sich Finanzminister Dr. Mattes über die finanziellen Auswirkungen der neuen Reichsnotverordnung für das Land Baden in folgenden knappen Erklärungen:

Die neue Reichsnotverordnung bringt zunächst eine Verbesserung der Einnahmen durch Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 Prozent, die für zwei Monate (Januar und Februar) dem laufenden Rechnungsjahr zugute kommt. Eine vorübergehende Verbesserung der Kassenliquidität wird dadurch bewirkt, daß der Vorauszahlungstermin auf die Einkommensteuer vom 10. April auf den 10. März vorverlegt wird. Durch die Erhöhung der Umsatzsteuer und Erparnisse bei der Gehaltsföhrung werden wir

den Ausgleich für den Haushalt bekommen, der beim letzten Notgesetz nicht ganz durchgeführt wurde, vorausgesetzt, daß sich die Steuereinnahmen des letzten Vierteljahres auf den errechneten Höhe halten. Bisher konnten alle Verpflichtungen erfüllt werden.

Die Gemeinden.
 die zum Teil mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, besonders weil ihre Einnahmen seitler auf dem Wege fundierten, erfahren eine Erleichterung durch die Bestimmung über die Realsteuern. Sie erhalten das Recht, die Realsteuern zu erhöhen, wenn sie bisher unter dem Landesdurchschnitt gelegen haben. Der Landesdurchschnitt beträgt bei der Grundsteuer 225 Prozent der Steuergrundbeträge (das entspricht einem Steuerfuß von 90 Pf.), beim Betriebsvermögen 210 Prozent der Steuergrundbeträge (Steuerfuß 34 Pf.), beim Gewerbeertrag 175 Prozent der Steuergrundbeträge (Steuerfuß 5,25 M.).

Das Schwerenotgesetz der Reichsnotverordnung liegt in den Bestimmungen über die Gehaltsföhrungen.

Vom 1. Januar 1932 ab sollen die Gehälter um 9 Prozent gekürzt werden. Diese Vorschriften sind zwingend auch für die Länder. Die Länder haben die Möglichkeit, die eigenen Kürzungen einzurechnen. Die Reichsnotverordnung kennt keine Freigrenze. Ist dieser Grundloß rechts, so werden wir im Lande Baden die Freigrenze wieder fallen lassen müssen. Auch die Kürzung bei den Rubengebältern ist allgemein 9 Prozent. Wer bei der letzten Notverordnung von 80 auf 75 Prozent gekürzt wurde, wird aber nicht um weitere 9 Prozent auf 66, sondern nur um das Defizit zwischen 5 und 9 Prozent, also um weitere 4 Prozent auf 71 Prozent gekürzt; es werden also die bisherigen Kürzungen berücksichtigt.

Die Wünsche des Finanzministers an das Staatsministerium gehen dahin, bei dieser Gelegenheit die Gleichheit zwischen Landesrecht und Reichsrecht soweit wie möglich wieder herzustellen. Er wird vorschlagen, die badische Gehaltsföhrung in die Reichsgehaltsföhrung einzurechnen, die Dienstalterszulagenpforte mit rückwirkender Kraft von Anfang an (1. Oktober) wieder aufzuheben und die Bestimmungen des Reiches in bezug auf die Pensionsföhrung auch in Baden zu übernehmen.

Damit werden die gesamten planmäßigen Beamten und sämtliche Empfänger von Rubengebältern und Hinterbliebenenbesoldungen in Zukunft wieder den Reichsbeamten gleichgestellt werden.

Der Minister bemerkte zum Schluß, daß dieser Abschluß der Dinge

für die badische Politik nicht ungünstig sei. Schließlich sei die Entwicklung der Reichspolitik im Endergebnis genau dahin gekommen, wozu die badische Politik geführt habe. Dadurch werde die Richtigkeit der badischen Politik bestätigt.

Vom Erzbischöflichen Ordinariat

Das Erzbischöfliche Dom- und Metropolitenkapitel Freiburg hat den Domkapitular und Kanzleidirektor Prälat Joseph Seifert zum Kapitelvikar (Erzbistumsverweser) gewählt.

Furtwangerer Naziblatt auf 5 Tage verboten

Der Minister des Innern hat an das in Furtwangen erscheinende Schwarzwälder Tagblatt, das publizistische Organ der nationalsozialistischen Partei für den Bezirk Balingen, auf 5 Tage verboten. Anlaß hierzu gab der in der Nr. 273 vom 8. Dezember in besonderer technischer Aufmachung erschienene Artikel mit der Überschrift: „Wir werden feindlich sein“. Darin werden u. a. aus einer Rede des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Georg Straher, welche dieser anläßlich der württembergischen Gemeindevahlen in vorer Woche in Stuttgart gehalten hat, die folgenden Sätze wiedergegeben: „Die Kunde Seewings hat uns feindlich gemacht, wie wir sein müssen, um mit ihm abzurechnen. Wir werden hart sein, unerbittlich hart, brutal, wenn es gilt, mit dem „arbeitsfähigen Schmutz“ aufzuräumen. In diesen Ausführungen liegt eine schwere Beschimpfung und eine böswillige Verächtlichmachung einer staatlichen Einrichtung. Gleichzeitig bedeutet der Artikel eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Zudem mußte gegen das Schwarzwälder Tagblatt wegen seiner scharfen Angriffe auf den Staat und seine Organe schon wiederholt eingeschritten werden.“

Hakenkreuzgeschäfte mit Juden

Auch ein Beitrag zu den heftigen Putzschandakten
 Im Anschluß an die Mitteilungen über einen der Beteiligten an den heftigen Putzschandakten, den heftigen Hakenkreuzführer Dr. Wagner, dem Besitzer des Borkheimer Hofes bei Lampertheim, dürften folgende Feststellungen unseres Mannheimer Parteiblattes interessieren:

Das Hakenkreuzbanner beschäftigt sich in seiner letzten Ausgabe mit dem finanziellen Zusammenbruch des heftigen Landtagsabgeordneten Dr. Wagner vom Borkheimer Hof.

Der nationalsozialistische Redakteur Dr. Rattermann stellt die kühne Behauptung auf, daß Herr Dr. Wagner an dem Zusammenbruch vollständig unschuldig ist, und daß außer dem heftigen Staat und zwei Wanten sonst niemand Verluste zu erleiden hat. Dies ist absolut unzutreffend. Verschiedene kleine Handwerker sind beteiligt und dann besonders drei jüdische Firmen mit größeren Forderungen, und zwar:

Viehhandlung Hirsch in Grob-Gerau mit mindestens 20 000 Mark, Getreide- und Futtermittelhandlung Söster in Frankfurt mit 11 000 Mark, Getreide- und Futtermittelhandlung B. Marxloh in Frankfurt mit 6000 Mark.

Es ist natürlich mehr als befremdend für einen nationalsozialistischen Führer und für einen nationalsozialistischen Redakteur ausgeben zu müssen, daß mit Juden Geschäfte gemacht werden, wenn tagtäglich den Anhängern eingeschlämmt wird: „Kauft nicht bei Juden!“, und dies in einer Form, die Herr Reichsinnenminister Gröner ruhig als „Kulturhande“ bezeichnen dürfte, besonders wenn das Hakenkreuzbanner (wie auch der Führer) darauf hinweist, daß das Christfest nicht durch bei Juden gekaufte Geschenke entweiht werden soll.

Der Reigen der Skandale

Was das nationalsozialistische Heftblatt verschweigt

Unter dem Titel „Der Reigen der Skandale“ trägt der nationalsozialistische Führer in Karlsruhe wieder einmal ein paar „Korruptionsfälle“ zusammen, zu dem Zweck, damit die Republik und das „heutige System“ schlecht zu machen. Wir können im Einzelnen nicht nachprüfen, was an den vorgebrachten Fällen richtig und was falsch ist, können jedoch um so klarer darauf hinweisen, daß, soweit wirkliche Korruptionsfälle vorliegen, diese im Volksfreund von der ersten Stunde an ans Tageslicht gerückt und in schärfster Weise gebrandmarkt wurden. Es war die sozialdemokratische Presse, welche sofort nach Bekanntwerden des Schultheiß-Pagenhofer-Skandals ein energisches Vorgehen gegen Kahrenellenbogen und gefordert hat, wobei sie allerdings — im Gegensatz zur nationalsozialistischen Presse — keinen Unterschied gemacht wissen wollte, ob es sich beim Vorgehen nun um Leute mit mehr oder weniger arischem Blut handelte.

Der nationalsozialistische Führer geht jedoch andere Bahnen. Urheber der deutschen Wirtschaftsmisere wie die Herren Laublen sind für ihn unantastbar und auf sie darf nicht im geringsten hingewiesen werden, wenn von der notwendigen Reinigung in der deutschen Wirtschaft gesprochen wird. Keine Fälle jedoch werden im Führer immer wieder aufgebauht. Ja, die nationalsozialistische Presse schaut oft nicht zurück, durch alle möglichen Schwindelkorruptionen an der Nase herbeizuziehen, um der Republik etwas anzuhängen — selbst wenn manchmal die Hintergründe solcher Korruption im Hakenkreuz münden. Das Ganze nennt sich dann „Erneuerung“ unterm Hakenkreuz.

Nationalsozialistische „Erneuerer“ am Werk

Berlin, 10. Dez. (SP.) Wie sich die Nationalsozialisten die „sittliche“ Erneuerung vorstellen, wird wieder durch zwei markante Fälle illustriert:

Der nationalsozialistische Kreisleiter im Rheingau, Buchhalter Prinz aus Erbach, der mit 21000 RM. unterschlagenen Krankentafelgeldern geflohen war, hat sich in Wiesbaden der Polizei gestellt. Er hatte noch 18 RM. in seinem Besitz.

In Weutchen ist eine Reihe von Nationalsozialisten, darunter der ehemalige Spitzenkandidat der nationalsozialistischen Stadtverordnetenliste, Koch, und ein Magistratsbeamter, der schon früher wegen Unterschlagung von Pflegegeldern bestraft worden ist, unter dem dringenden Verdacht der Spionage verhaftet worden.

Wie die Nationalsozialisten die Korruption „bekämpfen“

Ein Musterbeispiel vom Dritten Reich, über das der nationalsozialistische Führer nicht berichtet

Einer der Agitatoren der Nationalsozialisten im Rheinland ist der aus dem Dienst entlassene Lehrer Josef Fuhswinkel. Er ist bei einer bekannten Kölner Baugenossenschaft, die Allgemeine Bau spar, Eigenheim- und Wirtschaftsgenossenschaft, als Angestellter im Auhendienst tätig. In der Nacht zum 28. November seigte Fuhswinkel den Geschäftsführer wegen Unterschlagung von 135 000 M. bei der Polizei an. Der Geschäftsführer wurde verhaftet. Die Nachricht davon ging durch ganz Deutschland. 135 000 M. bei einer Bauparthei unterschlagen, der Geschäftsführer verhaftet. Aufdeckung des Skandals durch einen führenden Nationalsozialisten. Fuhswinkel, der tapferer Bekämpfer der Korruption, stand auch da.

Aber die Sache nahm eine jähe Wendung. Schon nach sechs Stunden wurde der Geschäftsführer aus der Haft entlassen, da seine völlige Unschuld erwiesen war. Eine Unterschlagung liegt nicht vor. Vielmehr hatte der Geschäftsführer selbst die amtliche Pflichtverletzung beim Amtsgericht beantragt — gegen den Widerstand der Freunde von Fuhswinkel. Es stellte sich heraus, daß Fuhswinkel selbst im Dienste Unterschlagungen begangen hatte, daß er unter falschen Vorpiegelungen Kunden der Bauparthei ins Unauslick gestürzt hatte, daß er verführt hatte, vom Geschäftsführer die Auszahlung eines unrechtmäßigen Kredits zu erreichen, und daß er ein Strafverfahren zu genährigen hatte. Angesichts dieser Ausichten hatte er gemeinsam mit einigen gleichgesinnten Ausschusratsmitgliedern die angebliche Unterschlagung erfunden.

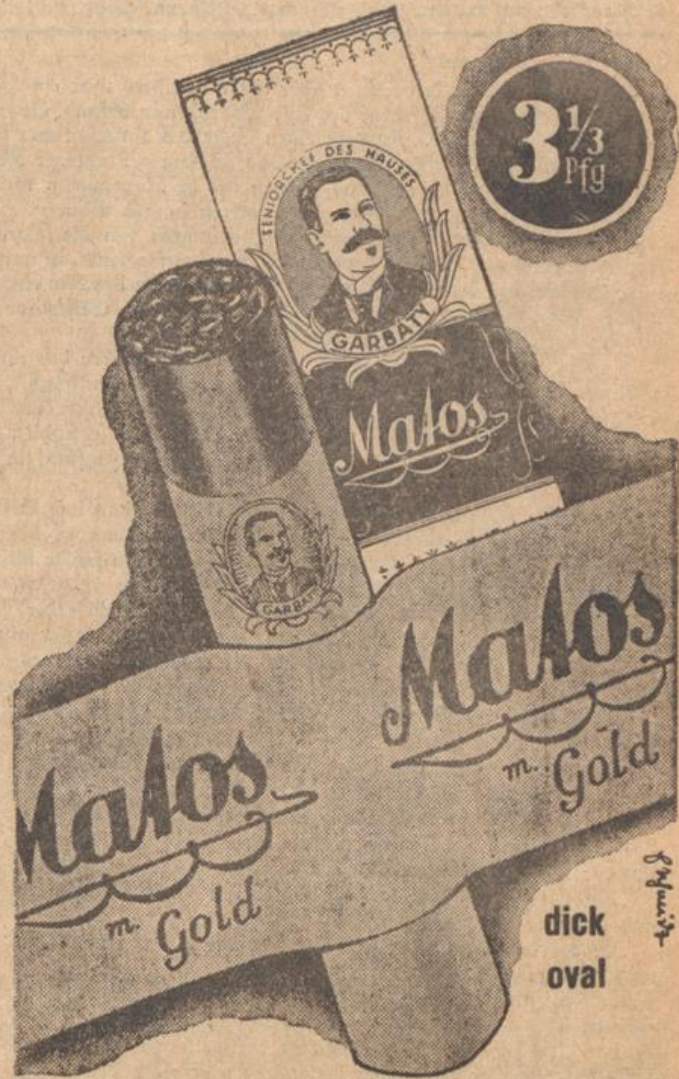
So bekämpft man als Nationalsozialist die Korruption. Gegen den sauberen Kunden und seine Freunde ist inzwischen ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Arm in Arm
 marschier

mit der seit einem
 halben Jahrhundert
 berühmten



ohne
 ohne
 dick
 rund
 ihre
 für alle
 Liebhaber einer
 Goldmundstück-Zigarette
 neu geschaffene
 Zwillingsschwester



dick
 oval

Kompromißformel im Mandchukonflikt angenommen

Abschluß der Pariser Völkerbundsratsitzung

Paris, 10. Dez. (Sta. Draht.)

Die zur Regelung des chinesisch-japanischen Konflikts einberufene außerordentliche Tagung des Völkerbundesrates ist am Donnerstag nachmittags mit der einstimmigen Annahme einer Entschlebung abgeschlossen worden.

In der Schlußsitzung gab zunächst der japanische Delegierte Fossizama eine kurze Erklärung ab und erklärte, die japanische Regierung nehme die Entschlebung an. Sie müsse aber zu Paragraf 2 (Verpflichtung beider Parteien, alles zu vermeiden, was die Lage verschlimmern könnte) betonen, daß Japan sich das Recht vorbehalte, militärische Maßnahmen gegen die chinesischen Banden zu ergreifen, wenn durch deren Treiben das Leben und Eigentum von Japan gefährdet werde.

Der chinesische Delegierte Sze verlas eine ausführliche Erklärung, in der versichert wird, daß China alle Verpflichtungen einhalten werde, die sich aus der Entscheidung der Entschlebung ergeben. Weiter werden in der Erklärung verschiedene Bemerkungen und Vorbehalte zu der Entschlebung gemacht.

1. behält sich China alle Rechte vor, die es gemäß dem Völkerbund und dem Völkerrecht genießt.

2. verlangt China folgende tatsächliche Maßnahmen: Einstellung der Feindseligkeiten, möglichst schnelle Räumung der Mandchurie durch die japanischen Truppen, Feststellung und Berichtigung über alle weiteren Ereignisse durch neutrale Beobachter und verständnisvolle Untersuchung der Lage in der Mandchurie durch die in der Entschlebung vorgelebene Kommission.

Nach kurzen Erklärungen des englischen und spanischen Delegierten, die die Hoffnung aussprachen, daß Japan von dem Recht, Maßnahmen gegen die Banditen zu ergreifen, nur in außergewöhnlichen Fällen Gebrauch machen werde, nahm der Rat die Entschlebung einstimmig an. Anschließend hielt Briand die Schlußansprache, indem er erklärte, daß die Annahme der Entschlebung ein bedeutender Erfolg auf dem Wege der Regelung des Konflikts darstelle. Die gesunde Lösung sei zwar nur eine Kompromißlösung, aber etwas anderes hätte man nicht erwarten können, da der von China angerufene Paragraf 11 des Völkerbundespaktes einstimmigkeit aller Ratsmächte einschließt für die Zukunft, denn es handle sich hier um ein Problem von außergewöhnlichem Charakter wegen der besonderen Beziehungen zwischen China und Japan.

Präsidentenwahl in Spanien

Alcala Zamora, Präsident

Madrid, 10. Dez. Alcala Zamora ist von den Cortes mit 362 von 410 Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt worden.

Der neugewählte erste Präsident der spanischen Republik, Don Niceto Alcala Zamora, der jetzt 65 Jahre alt ist, steht seit mehr als dreißig Jahren im politischen Leben. Mehrmals war er liberaler Minister der Monarchie. Erst die Diktatur trieb ihn ins republikanische Lager.



Alcala Zamora
Präsident der Republik Spanien.

bikantonalen Lager. Die Empörung über die Unterstellung, die die Entretzung des Volkes unter Primo de Rivera durch den König fand, hat ihn zum unerbittlichsten Feinde der Bourbonen gemacht.

Als sich dann nach dem Sturz von Primo die republikanische Bewegung sammelte, fiel ihm als dem politisch erfahrenen Taktiker ohne weiteres die Führung zu. Nach dem Abschluß des sogenannten „Pactes von San Sebastian“ im August 1930, der Katalanen, bürgerliche Republikaner und Sozialisten endgültig zusammenführte, übernahm er den Vorsitz in den Beratungen der „Berühmten“, die ein bis ins Einzelne vorbereitetes Programm für den Umsturz und vor allem auch für die erste Zeit nach dem Sturz der Republik ausarbeiteten.

Als vor nunmehr fast einem Jahr am 15. Dezember 1930 der erste Aufstand gegen die Monarchie versucht werden sollte, wurde Alcala Zamora verhaftet, ehe der Hauptschlag in Madrid geführt werden konnte. In den folgenden Tagen wurden andere Mitglieder des Revolutionskomitees ebenfalls ins Gefängnis geschickt. Die Abspernung der Verhafteten, die bis Ende März auf ihre Urteile warten mußten, war jedoch nicht sehr scharf. Von den Zellen aus wurde die revolutionäre Bewegung weiter vorbereitet. Endlich, ein Vierteljahr später, kam es zur Verhandlung vor dem obersten Gericht für Meer und Marine. Der Prozeß war eine Art Volksurteil gegen die Monarchie. Der Generalkaatsanwalt hatte 15 Jahre Zuchthaus für Alcala Zamora beantragt. Das einem Freispruch und einer Verdammlung der Monarchie gleichkommende Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis! Wenige Tage später wurden die Verurteilten freigelassen.

Einen halben Monat darauf kürzte die Monarchie über dem Ergebnis der Gemeindevahlen. Der König verließ das Land. Das Revolutionskomitee übernahm als „provisorische Regierung“ die Macht. Alcala Zamora wurde Ministerpräsident und als solcher gleichseitig provisorischer Staatspräsident. Im Oktober trat er vom Amte zurück, weil er sich als Katholik mit einigen der Gehebe zur Trennung von Kirche und Staat nicht identifizieren wollte. Unter diesen Umständen bedeutet Zamoras Wahl zum Staatspräsidenten das denkbar größte Vertrauensvotum für die Persönlichkeit dieses alten Mannes, der in den schwersten Tagen des Kampfes um die Staatsform mit seinem Leben für die Republik eingestanden ist und sein ganzes Vermögen geopfert hat, um der republikanischen Idee zum Siege zu verhelfen.

Partei-Nachrichten

Weingarten, Sozialdemokratischer Verein. Die am Freitag, den 11. Dezember, fällige Mitgliederversammlung findet erst am Sonntag, den 13. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im Lokal zum „Köhle“ statt, da am Freitag Bürgermeisterwahl ist. Unsere Mitglieder werden aufgefordert, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Mitgliederversammlungen finden statt:

Samstag, den 12. Dezember:

Rinklingen, Amt Bretten: Abends 8 Uhr Vortrag von Landtagsabgeordneter Gen. Trinks über „Die derzeitige politische Situation und die Haltung der Partei“.

Sonntag, den 13. Dezember:

Evesgart, Amt Ettlingen: Mittags 3 Uhr in der „Rose“ Vortrag von Landtagsabgeordneter Gen. Trinks über „Die derzeitige politische Lage und die Haltung der Partei“.

Dienstag, den 15. Dezember:

Forst, Amt Bruchsal: Abends 8 Uhr spricht im „Waldborn“ Landtagsabgeordneter Gen. Trinks über „Die derzeitige politische Lage und die Haltung der Partei“.

Freitag, den 18. Dezember:

Gaasenau, Amt Kallstadt: Abends 8 Uhr spricht im „Kreuz“ Gen. Suao Kimmell über „Forstwirtschaft und Wirtschaft und Arbeiterfrage“.

Sonntag, den 19. Dezember:

Rintheim, Abends 8 Uhr spricht im „Kirch“ Stadtrat Gen. Köpfer über „Die Finanzlage der Stadt Karlsruhe“.

Oeffenberg, Abends 8 Uhr spricht im „Mündinger“ Gen. Pfarrer Kappes über „Sozialismus oder Faschismus“.

Hieberbühl, Amt Kallstadt: Abends 8 Uhr spricht im „Kirch“ Landtagsabgeordneter Gen. Trinks über „Die derzeitige politische Lage und die Haltung der Partei“.

Sonntag, den 20. Dezember:

Bühl, Mittags 2 Uhr spricht im „Baldhofhotel“ Landtagsabgeordneter Gen. Trinks über „Die Notverordnung und die Haltung der Partei“.

Gondelsheim, Amt Bretten: Mittags 3 Uhr spricht im „Lamm“ Gen. Köpfer über „Die Erwerbslosenfrage“.

Bretten: Normittags 9 Uhr im „Württemberg Hof“ Konferenz für die Ortsvereine des Amtsbezirks Bretten. Landtagsabgeordneter Gen. Reinsold-Mannheim übernimmt das Referat über: „Die politische Lage.“ Es wird erwartet, daß jeder Ortsverein Vertreter entsendet, darüber hinaus haben sämtliche Genossen Zutritt. Wir erwarten insbesondere von den Bretten Genossen vollständigen Besuch der Konferenz.

Es wird als selbstverständlich angenommen, daß sämtliche Genossen und Genossinnen diese Bekanntmachungen befolgen!

Durch die Notverordnung ist die mit Rundschreiben Nr. 18 vom 8. D. M. angekündigte Bilanzabgrenzung zunächst binnfällig geworden. Sie muß auf Anfang Januar verschoben werden und wird in der Woche vom 4. bis 11. Januar stattfinden. Die Ortsvereine erhalten das Material seinerzeit rechtzeitig, die notwendigen Berechnungen zu einer durchgreifenden Verteilung sind jetzt schon zu treffen.

Das Parteisekretariat.

Aus aller Welt

Zusammenstoß zwischen Omnibus und Güterzug

Münster, 10. Dez. Ein mit 60 Personen besetzter Omnibus mit Anhänger geriet auf der Broosialstraße, die neben der Bahn liegt, in den Graben und wurde von einem Güterzug gestreift. Zwei Personen wurden verletzt, eine davon schwer.

Berkschneiderei bei J. G. Farben

W.E. Frankental, 10. Dez. In der Werkschneidereiangelegenheit, die seit März d. J. die Staatsanwaltschaft beschäftigt, ist jetzt nach Abschluß einer umfangreichen Voruntersuchung die Anklage gegen sieben ehemalige Arbeitnehmer verschiedener Werke der J. G. Farbenindustrie erhoben worden. Die Beisatzkammer des Landgerichts Frankental hat das Hauptverfahren gegen sämtliche Angeklagten eröffnet.

Omdtoda gestorben

München, 10. Dez. Heute nacht verstarb in München nach längerem schwerem Leiden der bekannte Schriftsteller Georg Freiherr von Omdtoda im 68. Lebensjahr.

Die Friedensnobelpreisträger 1931

Oslo, 10. Dez. Das Nobel-Komitee des norwegischen Sorina hat den Friedensnobelpreis für 1931 je zur Hälfte Jane Addams und Nicholas Murray Butler, den Präsidenten der Columbia-Universität, verliehen. Jane Addams ist die Gründerin der sozialen Siedlung Hullhouse bei Chicago. Sie hat zahlreiche Werke sozialen Inhalts veröffentlicht. Bemerkenswert ist, daß sie gleich nach dem Kriege eine große Lebensmittelfabrik eingeleitet hat.

Stockholm, 10. Dez. Die diesjährige Nobelpreisbeträge, die gegenwärtig überreicht werden, sind die höchsten, die je verteilt worden sind, und belaufen sich auf je 175 000 Kronen. Im ersten Nobelpreisjahr 1901 wurden 144 935 Kronen. Von den insgesamt verteilten Preisen sind 4 700 961 Kronen deutschen Geschlechtern zuerkannt worden, an zweiter Stelle folgt Frankreich mit 2 859 983, an dritter England mit 2 280 527, an vierter die Vereinigten Staaten mit 1 594 234 Kronen.

Französisches Postflugzeug verunglückt

Marseille, 10. Dez. Nach einem hier eingetroffenen Funkpruch ist das zwischen Marseille und Alger verkehrende Postflugzeug auf der Höhe der Balearen ins Meer gestürzt.

Der Raubmordprozeß Reins

StB. Berlin, 10. Dez. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II begann heute die Verhandlung gegen den 24jährigen Maurer Ernst Reins wegen Mordes an dem Goldschmiedesohnen Schwan in Tateinheit mit Raub sowie gegen seine 68 Jahre alte Mutter, Frau Ida Reins, und seine 32jährige Schwester, die Korfführerin Sophie Reins, letztere beide wegen Seblerer aneeklag. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Schneider, führte der Verhandlung einen Aussel an die Öffentlichkeit voraus. Dann wurden die Angeklagten nach ihren Personalien befragt. Dabei stellte sich heraus, daß Ernst Reins und seine Mutter bisher unbestraft waren, während Sophie Reins bereits mit 17 Jahren wegen Diebstahls und fittenspolizeilicher Liebertretung bestraft und auch noch in den späteren Jahren wegen Eigentumsvergehens zweimal verurteilt wurde.

Vorsitzender: Bekennen Sie sich schuldig? — Angeklagter (nach kurzem Zögern): Des Vorwurfs der absichtlichen Tötung bekenne ich mich nicht schuldig, im übrigen ja!

Mit kurzen abgerissenen Worten sprach Ernst Reins dann über sein bisheriges Leben. Er ist als 13. (!) Kind geboren, von denen außer ihm nur noch die Schwester Sophie und die außer Verfolgung gesezte 18jährige Johanna lebt. Der Vater befindet sich seit 1925 wegen progressiver Paralyse in einer Heilanstalt. Einmal mußte die Familie flüchten, als der Vater in seinem Raub auf Hause tobte. Landgerichtsdirektor Schneider vernahm den Angeklagten dann über seine Geldverhältnisse kurz vor der Tat und versuchte nachzuweisen, daß er im April dieses Jahres durchaus nicht mittellos gewesen sein könne. Vorsitzender: Nach meiner Rechnung müßten Sie am Tage der Tat 35 Mark und 50 Pfennig und 5 häusliche Kronen besessen haben. Sie können doch nicht ernstlich behaupten, daß Sie in einer Situation gewesen seien, in der heute viele tausende ihrer Volksgenossen sind? — Angeklagter: Das muß ich zugeben, aber es ging schon monatelang, daß ich nur von meiner Unterfertigung lebte, die mir für drei Tage zu essen reichte. Nach Schilderung der Tat erzählte Reins weiter, daß er von Genua nach Spanien verschwinden wollte und behauptete, von seinem Verbrechen seine Mutter erst beim Abschied in Kenntnis gesetzt zu haben. Die Schwestern hätten es erst bei der Verhaftung erfahren.

Demgegenüber berichtete der Staatsanwaltschaftsrat, daß der Angeklagte den Berliner Kriminalkommissaren zugegeben habe, seine Angehörigen schon am Tage nach dem Mord informiert zu haben. Nach dem fast sechs Stunden langen Verhör des Reins wurde seine Schwester Sophie Reins befragt, die in ihren Aussagen den Eindruck zu erwecken versucht, daß sie von der Tat nichts gemerkt habe. Auch die Geldsunderungen ihres Bruders wollten ihr nicht aufgefallen sein.

In der weiteren Verhandlung wurde die Mutter Reins Frau Ida vernommen. Sie bekennt, von der Tat ihres Sohnes gemerkt zu haben. Am 1. Mai sagte er mir: Mutter, ich habe etwas ausgefallen, ich muß weg.

Vorsitzender: Haben Sie nicht als Mutter gekannt, was er gekannt hat? — Angeklagte: Nein, ich konnte vor Aufregung nicht mehr sprechen. — Vorsitzender: Haben Sie denn nichts von dem Verbrechen an dem Briefträger gefehlt? — Angeklagte: Nein, das habe ich erst zwei Tage später, am Sonntag, erfahren. — Vorsitzender: Bei Ihnen sind in einem Versteck 1950 Mark gefunden worden! — Angeklagte: Als die Kinder fort waren, fand ich beim Aufräumen das Geld. Das habe ich, weil ich wußte, daß es unredliches Gut war, zwischen die beiden Türflügel des Balkons gemorfen. Dort blieb es, bis die Kriminalpolizei es fand. — Vorsitzender: Weshalb haben Sie es erst am 9. Mai eingestanden? — Angeklagte (weinend): Ich wollte meinen Jungen schützen. — Vorsitzender: Sie sollen von dem Geld Schulden bezahlt und eingekauft haben. — Angeklagte: Das stimmt nicht.

Am Schluß wurden die Gerichtsärzte Professor Fränkel und Dr. v. Mahrenholz vernommen.

Teut ist die höchste Eisenbahn — heute noch sollen Sie zu Kaiser's Kaffee-Geschäft gehen. — Der Eisenbahnzug, den Sie im heutigen Kaiser's Kaffee-Geschäft sehen, bringt Kaiser's Feinstkaffee, Tee, Kakao, Schokolade und Pralinen, Reis, Spitzkuchen, keine Margarine-Artikel und Baumbehang, Alse, Rollen usw. In der Eisenbahn, die zum Kaiser's Kaffee-Geschäft führt, sind alle bei Kaiser's Kaffee, (part) in m e r denn er kauft sehr gut und sehr billig. — Er spart doppelt, wenn er das Weihnachts-Sparbuch benutzt und noch das Geschenk bekommt.

Kaiser's Bringt Billige Weihnachten

5% RABATT IN MARKEN AUSSER ZUCKER

FEST-KAFFEE

TEE KAKAO

SCHOKOLADEN PRALINEN

MARZIPAN BONBONS

BAUMBEHANG FIGUREN

Auf zu KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

Die Ausgabe unserer Weihnachts-Geschenke bei Einlösung von Weihnachts-Sparbüchern hat begonnen.

Festgeschenke

ETTLINGEN

Franz Becker
Ettlingen - Stadt
Photo-
Werkstätte für zeitgemäße
Bildniskunst
Herstellung sämtlicher Bedarfsartikel
Photo-Apparate
Photo-Arbeiten
Thiebaustr. 2 Telefon 276

Lebensmittel
kauft man
am besten im
Lebensmittelhaus
Herm. Hauck
Ettlingen

Was wir liefern?
Nur Qualitätsware
Möbelhaus Mai
Ettlingen

Richtig sehen tut not!
Die korrekte Brille nur vom geprüften Optiker
Hagel, Ettlingen, Marktplatz
Gute und billige Zentrax-Uhren
Schmuck und Trauringe. Bedienung durch geprüften Uhr-
machermeister

JOSEF SCHMAL, ETTLINGEN
Leopoldstraße 8 Telefon 135
das Spezial-Geschäft für **Molkerei-Produkte**

Weihnachts-Verkauf
A. Streit Ettlingen
Sonntag von 1 bis 7 Uhr geöffnet

Für Weihnachten empfehle preiswerte Weiß-, Rot- und Süßweine, Liköre,
billige Geschenkpackungen Seifen, Parfüms,
Haar- und Zahnbürsten, Toilette-Artikel
Drogerie Schimpf, Ettlingen, Badenerlorstraße 4

Möbelhaus Gros Wwe.
bietet große Vorteile
in Preis und Qualität
Ettlingen / Schöllbronner Straße 37

Alles was die Schuhmode bringt
finden Sie bei mir in reicher Auswahl und enormer
Preiswürdigkeit
Schuhhaus Fritz Staub
Ettlingen

GERNSBACH

Karl Oberle
Uhrmacher
Gernsbach
Uhren, Schmuck, Bestecke,
Optik, Radio-Geräte u. Sprech-
Apparate, Platten, Nadeln
Pfeif- und Giftzer-Nähmaschinen
Preise billigst

Leder-Ausschnitte
und alle Schuh-Säfte für die
Herbstzeit billigst bei
Ernst Fischer, Lederhdg.
Gernsbach, Bleichstraße

Auffallend billig!
**Mäntel für Damen,
Herren und Kinder**
in großer Auswahl
Emil Nachmann
Gernsbach

DURLACH

Ein nützliches Geschenk
von hohem moralischem Wert ist ein
Sparkassenbuch
Es bereitet Freude und erzieht zur
Sparsamkeit. Denken Sie bei jeder
Gelegenheit daran

Bezirkssparkasse Durlach
Öffentliche Verbandssparkasse mit
ihren sieben Zweigstellen

Damentaschen und sonstige Lederwaren, Polster-
möbel, Bettvorlagen, Chaiselongue-Decken, Wand-
schöner, Läufer und Stragula schenkt man von
DAVID FUNCK / DURLACH, HAUPTSTR. 6

Weihnachten 1931
Qualitätswaren zu billigen Preisen
August Burkhardt, Durlach, Herrenstraße 1
Kleiderstoffe, Seldentoffe, Baumwollwaren Aussteuerartikel

Täglich frische
Butter / Weichkäse
Buttermilch / Magermilch
empfeilt zu billigsten Tagespreisen

Städt. Milchzentrale Durlach

OBERKIRCH

Mehlgerei und Feinwursterei
Georg Bürkle
Oberkirch / Achern / Kehl
Empfehle meine erstklassigen Fleisch-
u. Wurstwaren zu billigst. Tagespreisen

Unsere Backartikel bei bester Qualität den niedrigsten Preis: Mandeln Pfd. 1.30,
Haselnüsse Pfd. 0.98, Anisgemehl 00 5 Pfd. 1.38, Rosinen Pfd. 0.38, Sultaninen
Pfd. 0.60, Korinthen Pfd. 0.68, Kokosfett (Tafel) Pfd. 0.26, Citronat u. Orangeat
gem. Pfd. 1.20, Puderzucker 6 Pakete 0.20, Backpulver 3 Pakete 0.20,
Citronen 4 Stück 0.30, Vanillinzucker 6 Pakete 0.20, Backpulver 3 Pakete 0.20.
Beim Einkauf von Mk. 3.- in Backartikel (ohne Zucker)
erhalten Sie 4 Gutscheine, bei Abgabe dieses Inserates
einen Gutschein extra. Niederlage von

Thams & Garfs, Oberkirch-Oppenu

ACHERN

Seid klug! schenkt Schuhe
Für Damen: Straßen-, Gesellschafts-
haus- und Gebeschuhe
Für Herren: Arbeits-, Straßen-,
Sport- und Skistiefel
Für Kinder: Schultiefel, Halbschuhe
warme Hausschuhe
finden Sie in großer Auswahl zu billigsten
Preisen im

Schuhhaus Anton Schofer, Achern
Alleinverkauf der Marken Herz und Mercedes

Spezial-Haus
für Herren-, Damen-
und Kinderwäsche
Leopold Rösinger, Achern, Adlerplatz
Telefon 621

BADEN-BADEN

Große Auswahl
Billige Preise
Hess
Allein-Verkauf für
Fr. M. Siegl
Baden-Baden
Lichtentaler Str. 36

Für Weihnachts-Geschenke!
Eine nur - - -
Die Zent Ra-Uhr!
Schweizer Uhren-Haus
Rud. Stelert
Baden-Baden, Langstraße 30

OFFENBURG

Zum Weihnachtsfest
Für wenig Geld viel Freude
Herren-, Damen- und Kinder-Wäsche
Trikotagen / Strümpfe / Krawatten / Kragen
Pullover - Westen - Handschuhe
Karl Theodor Meyer, Offenburg
Moden- und Wäschehaus

WEIHNACHTEN

SINGER
SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT
Beliebteste Schicklerarbeiten. 3. Mäße. 1. 1. 1.
GESCHÄFTSSTELLE: OFFENBURG I. B. HAUPTSTRASSE 54

Pelze / Mäntel / Jacken etc.
Verarbeitung nur in eigener Werkstatt u. nach Maß
Spezial-Kürschnerie
Otto Weber, Offenburg i. B.
Präparieren von Vögeln und Tieren Hauptstraße 92

Man schenkt:
Herrenhemden, Trikot m. Eins. 1.95 1.45 1.25
Oberhemden 5.50 4.50 3.90 2.90
Unterjacken 3.50 2.95 2.50 1.95
Unterhosen 4.50 3.50 2.40 1.95
Selbstbinder 3.50 2.95 1.95 1.- 0.50

Handelshof-Spinner, Offenburg
hat preiswerte Geschenke für Jedermann!

Porzellan

und andere Sachen
werden immer Freude machen.
Praktische Geschenke finden Sie im
Kaufhaus Weiher, Offenburg

Damentaschen, Schulranzen, Geldbeutel, Reisekoffer, Einkaufstaschen
in unerreichter Auswahl
KOFFER- und Lederwaren KIRN
Spezialhaus
Marktplatz Offenburg Metzgerstraße 6

Wenn Du dem Mädchen machst die Kur
mußt Du ihr Herz erfreuen!
Fang an mit einer Armbanduhr
Du wirst es nicht bereuen!
Zu Weihnachten ganz besonders große Aus-
wahl bei
Karl Schaudel, Uhren- u. Goldwaren, Optik
Offenburg, Hauptstr. 75 - Fernsprecher 1317

Warum?

Übersenden Sie Ihren Reparaturauftrag dem Hausierer und bezahlen
für schnelle Ausführung RM. 5.50, während Sie für den Hut
in bester Ausführung nur RM. 3.50 ausgeben bei
Karl Kimmerle, Inh. Ludwig Heß
Offenburg / Langstraße Nr. 1
Lieferzeit innerhalb 8 Tagen

Damen-Hüte

große Auswahl von 1.50 an
Umarbeiten und fassonieren
schnell und billig.
Auch Pelze werden modernisiert
Anfertigung von Teepuppen und
Lampenschirmen bei billig. Berechnung.
Gertrud Köbler
Offenburg Hauptstr. 95, 1 Tr.
im Kaufhaus Wörler

Wilhelm Herr

Offenburg
Metzgerstr. 3, Telef. 1667
Spezialgeschäft für
Korbmöbel
Kinderwagen
Korbmöbel
Alle Reparaturen und
Ersatzteile

BILDER VOM TAGE



Die Berliner Taxichauffeurs haben, um in Zukunft gegen räuberische Ueberfälle gerüstet zu sein, einen Kursus im Ziv-Ziv-Kampf eingerichtet. Die Chauffeurs werden darin ausgebildet, sich auch vom Führeris tatkräftig gegen jeden Ueberfall zu schützen.

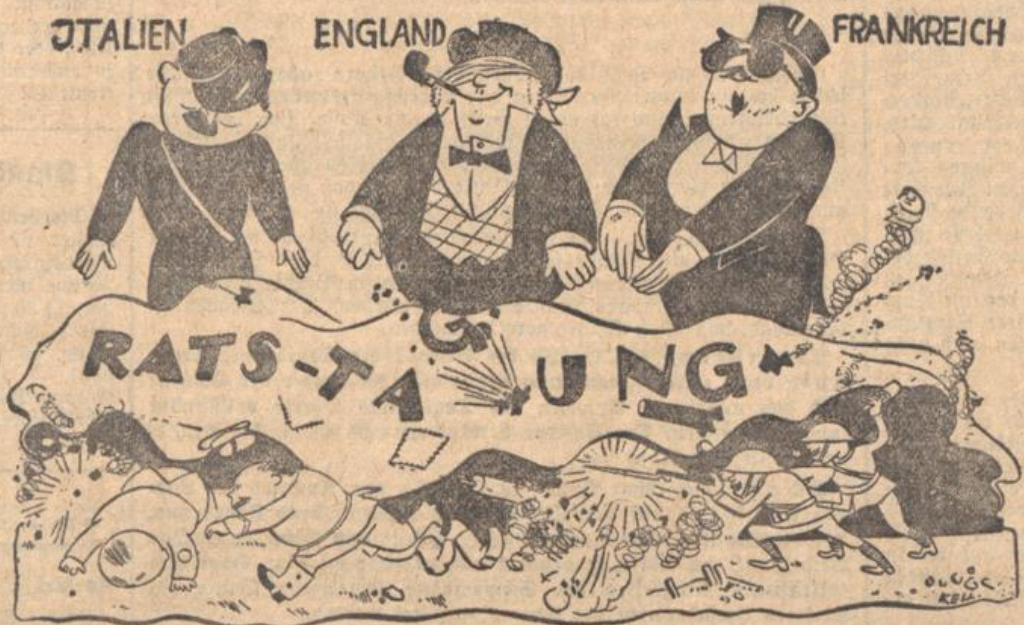


Pariser Arbeitslose warten vor einer Volksküche auf die Austeilung von warmem Essen. Auch Frankreich kann sich nicht der Krise entziehen. Die augenblicklich die Kräfte der Weltwirtschaft lähmt. Französische amtliche Stellen geben an, daß die Arbeitslosenzahl bereits eine Million übersteigt.

ITALIEN ENGLAND FRANKREICH



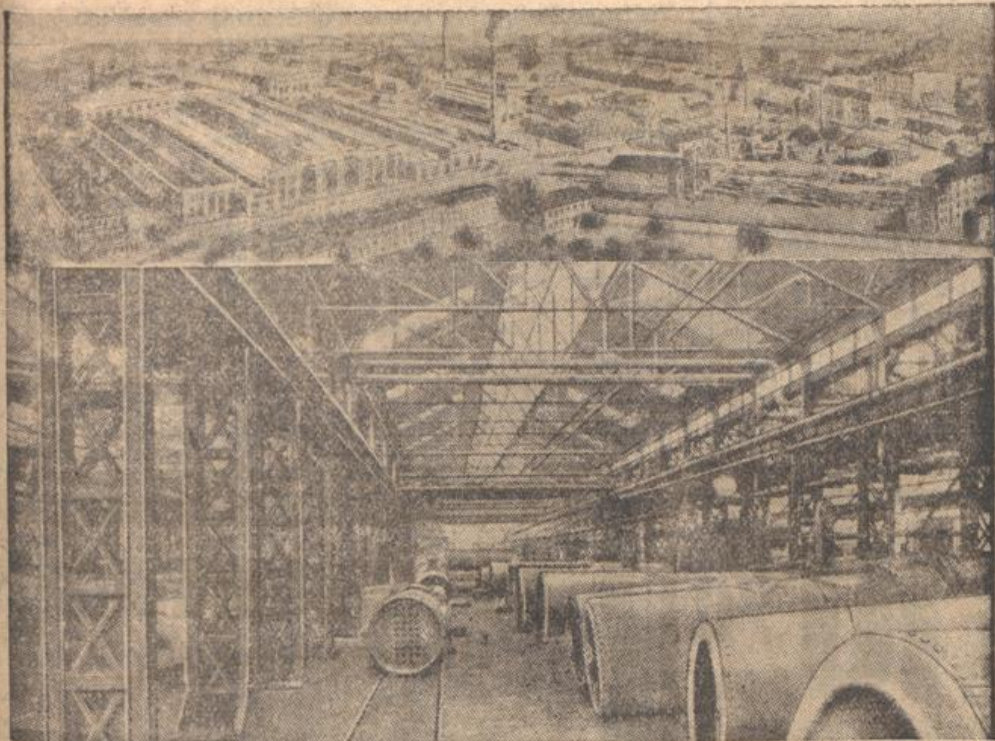
Die Anführer des gescheiterten Putschversuchs in Ungarn: F. G. Molnar und F. A. Szemes. Die ungarischen Behörden sind mit dem Putschversuch einiger extremen Nationalisten sehr schnell fertig geworden. Bei der Untersuchung der Staatsstreichsvorbereitungen erwies sich als Ziel hauptsächlich persönliche Bereicherung und Befriedigung des Ehrgeizes.



Die Verhandlungen des Völkerbundrats in Paris sind bisher ergebnislos geblieben. Der Rat hat den Plan einer neutralen Zone in der Randskurei völlig fallen gelassen mit der Begründung, daß in den besetzten Gebieten wieder „Ruhe und Ordnung“ herrsche.



Der Arbeiterführer Tom Mooney sitzt seit 15 Jahren in einem kalifornischen Zuchthaus; nachdem er 1916 wegen seiner angeblichen Beteiligung an dem Dynamitattentat von San Francisco verurteilt worden war. Mooney hat stets seine Unschuld behauptet. Jetzt hat Jimmie Walker, der Bürgermeister von New York, eine große Aktion zur Freilassung Mooneys eingeleitet. Der ganze Fall erregt in der amerikanischen Öffentlichkeit ein Aufsehen wie seinerzeit der Fall Dreyfus in Frankreich.



Die Firma Henschel & Sohn, die größte Lokomotivfabrik Europas, hat die Stilllegung des Gesamtbetriebes zum 31. Dezember beantragt. Oben: Bild auf die Anlagen der Firma Henschel & Sohn AG. in Kassel. Unten: Bild in die Kesselschmiede.



Der letzte Akt Curzons vor seiner Abreise von England war die Pflanzung eines Friedensbäumchens in London, das als Symbol des Verständigungswillens eines freien Indiens mit dem Mutterlande dienen soll.



Auf der Eisbahn in der Großstadt.



Gewinnübungen auf Skiern in Oberstdorf im Allgäu. Der plötzliche Kälteeinbruch, der über ganz Deutschland Temperaturen bis zu minus 11 Grad gebracht hat, ist von der Jugend allenthalben mit Freude begrüßt worden.



In Argentinien, die bekannte spanische Tänzerin, die auch in Deutschland in vielen Städten ihre Kunst zeigte, erhielt den ersten Orden der spanischen Republik.

Salami im Ganzen Pfd. **1.28**
Cervelatwurst im Ganzen Pfd. **1.45**
Dürrfleisch ohne Rippen Pfd. **1.10**

Krakauer-,
 Leber-, Blut- und
 Mett-Wurst ⁸⁰¹⁸

Einheits-
 Preis **-.40** Stück

Fleisch- u. Wurstwaren
 aller Art in bester Güte
 zu billigsten Tagespreisen I

HENSEL

Durch gesunde Wirtschaftspolitik gegen politischen Radikalismus

Die Not weiter Kreise wird durch folgende Zukunft illustriert:
 Wie noch so viele meiner jungen Schicksalsgenossen war ich als „Ausgesteuerter“ schon seit langer Zeit auf eine Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage und damit auf Ausbesserung des Arbeitsmarktes. Das Arbeitslosenproblem wird ja wirklich zur Genüge in der Tagespresse erörtert. Auch wurden schon ganz gute und gangbare Wege angedeutet, aber was ist bis heute in der Praxis daraus geworden — nichts. Ist es da ein Wunder, wenn die unsfriedliche Masse sich immer mehr in den Armen des politischen Radikalismus verliert und Deutschland dadurch zwar langsam, aber unio- deutlicher dem völligen Zusammenbruch entgegengeführt wird. Freilich fehlen Heilmittel, die zur Sanierung der Arbeitslosigkeit notwendigen Geldmittel. Für Anleihen aus dem Ausland bestehen wenig Aussichten. Ein wirtschaftlich trauriger und politisch zerrissener Volkskörper ist und bleibt ja auch ein schlechtes Belehnungsobjekt. Wer würde selbst einer bedürftigen Familie Geld borgen wollen, deren Angehörige sich gegenseitig lebensgefährlich bekämpfen! Ganz abgesehen davon, daß solche fremde Gelder auch wieder einmal mit Zinsen zurückverlangt werden.

Es ist daher endlich an der Zeit, zu Selbsthilfemaßnahmen zu greifen, nicht etwa durch weitere Erhöhung der ohnehin unier- Wirtschaft zu Boden drückenden Steuern, wie es neuerdings wieder einmal mit der Umsatzsteuer geplant ist, sondern durch rücksichts- loses Eintreiben des im Ausland festgelegten deutschen Privatver- mögens. Warum hat man bis heute eine diesbezügliche „Notver- ordnung“ nicht erlassen, wonach kraft des Gesetzes verlangt wird, sämtliche bei ausländischen Geldinstituten inve- stierten Guthaben deutscher Staatsangehöriger binnen kurzer Zeit einem deutschen Institut und damit der deutschen Wirtschaft zuzuführen sind? Was nützt die leider recht spät einwirkende staat- liche Devisenkontrolle, nachdem die deutsche vermögende Klasse schon längst Zeit genug hatte, ihre in Deutschland erworbenen Gelder bei ausländischen, vornehmlich schweizerischen Banken, in Sicherheit zu bringen? Solange mit der staatlichen Beschlagnahme des im Aus- land angelegten deutschen Privatvermögens nicht unter Strafand- rohung ernst gemacht wird, solange wird es den Deuten auch nicht ernst mit der Vereinhaltung dieser Gelder.

Kann kommt ferner das regierungsseitige Einreifen gegen die immer noch vielfach vorhandenen Doppelverdiener und die unkon- trollierten hohen Gehälter der „leitenden“ Persönlichkeiten in den großen privaten Wirtschaftsbetrieben, Konzern- und Aktiengesell- schaften, Großbetrieben usw.? Warum erläßt man auf diesem Gebiete keine „Notverordnungen“? Muß die vielgepriesene deutsche Pri- vatreue so aussehen, daß der eine Volksbruder monatlich viele tausend Mark und noch mehr zu verdienen hat und der andere ein Nichts? Heute so hohe Bezüge einzusparen, bedeutet ein Diebstahl am Volksvermögen, den sich das hungernde deutsche Volk nicht ge- fallen lassen braucht.

Sozial Verständnis auch die Öffentlichkeit durch Einrichtung der verschiedenen Wohlfahrtsorganisationen gesetzt hat, so wenig ist regierungsseitig bis heute etwas geschehen, um dem Millionenheer der deutschen Arbeitslosen etwas auf die Dauer zu bieten. Was nützen da einmalige Hilfsaktionen. Die aus der Gesellschaft und damit aus dem Leben ausgestoßene, gesungenen unglückliche Volks- kraft verlangt Arbeit, nach einer Existenz, um ihrem Dasein wieder Inhalt geben zu können, nicht nach Almosen! Wie soll das in Zukunft werden, wenn die sich aus arbeitstechnischen Ver- sorgungsgründen künstlich an die Schulbank klammernden Hundert- tausende junge Volksgenossen noch dazu kommen, und die, vielleicht in die mehrere Hunderttausend zählenden „Not-Heilseerträter“, die sich heute wie ein Heulen durchs Leben schlagen? Dazu die unglück- sährten Scharen junger Deutscher, die aus Not zum Wanderschaft ariffen? Wahrscheinlich eine traurige Zukunft!

Die Lösung dieses Problems ist die heute größte und dringendste Aufgabe der Gegenwart, von deren Ausgang das Gesamtgeschick des deutschen Volkes abhängig sein wird. Sie zu lösen ist Sache der Regierung, die in personaler Hinsicht nicht geändert zu werden braucht, sondern die seit in der deutschen Wirtschaftspolitik radikalsten den- seither eingehaltenen Kurs zu ändern muß, wenn nicht ein trost- loses Chaos Platz greifen soll. Diese Volksgenossen mit allen Mitteln zu bekämpfen, sollte täglich auf dem Programm der aufständigen Zintansen an erster Stelle stehen. Otto Heinrich.

Kleine bad. Chronik

Großfeuer
 Sindolsheim (bei Heilsheim), 10. Des. Gestern früh um 5 Uhr wurde unser Ort durch Feueralarm in großen Schrecken ver- setzt. In der sogenannten Schloßscheuer des Landwirts Hermann Weidmann und Dr. Kriener war Feuer ausgebrochen, das mit Windeseile auf die Scheune und Stallungen bezw. Holzschuppen des Landwirts Gramlich und Fr. Zimmermann Witwe, deren Mann im vergangenen Sommer vom Blitz erschlagen wurde, über- griff und sich zu einem Riesenbrande entwickelte. In den Entenorräten fand das Feuer reiche Nahrung. Die heftige Wö- chsmannschaft im Verein mit der Einwohnerschaft nahm sofort die Be- kämpfung des Feuers auf. Abschuld trafen auch die Freiwilligen Feuerwehren von Osterburden und Altheim mit ihren Motorprügen auf dem Brandplatz ein und mit vereinten Kräften wurde das Feuer bekämpft. Ein weiteres Umschlagreifen konnte verhindert wer- den. Das Vieh ist gerettet. Der Schaden ist groß. Die Brandursache konnte noch nicht aufgeklärt werden.

Horsheim, 10. Des. Diebesgefilde. Gestern abend 1/8 Uhr schlich sich ein junger Bursche in das Lebensmittelgeschäft von Ruff (Marktstraße) und tat einen Griff in die Kasse. Von der Frau Ruff übertrifft, ließ er das Gestohlene Geld fallen und ergriff die Flucht. Die Frau wollte ihm nachspringen, blieb aber so unglück- lich mit dem Kermel an der Türflinte hängen, daß sie sich den Arm ausrenkte. Der freche Spitzbube ist entkommen.

Hiltensau, 10. Des. Im benachbarten Grauelbaum hat in der Dienststagnach ein Schuppenfeuer in kurzer Zeit das Dekonomie- gebäude des Landwirts Michael Ludwig in Schutz und Asche gelegt. Des Wohnhaus konnte gerettet werden. Der Schaden ist bedeutend, das Vieh konnte gerettet werden.

Ettenheim, 10. Des. In der Scheune des Tagelöhners Franz Big brach gestern nachmittags Feuer aus, dem außer der Scheune auch das angebaute Anwesen des Tagelöhners Oberle vollständig am Opfer fielen. Der Schaden beträgt etwa 25 000 M., die Brand- ursache ist unbekannt.

Schwarzach (Amt Bühl), 10. Des. In dem Anwesen des Lud- wig Seiffried auf der „Insel“ brach gestern abend Feuer aus, das die Stallung und die Scheune in Schutz und Asche legte. Das Vieh konnte im letzten Augenblick noch gerettet werden. Dank dem tatkräftigen Eingreifen der Schwarzacher Feuerwehr konnte ein weiteres Umschlagreifen des Feuers verhütet werden.

Oberkirchheim, 10. Des. Grausiger Fund. Dienstag vormittag wurde auf dem Bahndale, etwa 200 Meter unterhalb dem Per- sonenbahnhof Oberkirchheim eine 30 Jahre alte Frauenperson tot aufgefunden. Die Leiche war von dem Oberförster abgetrennt und lagen etwa 15 Meter davon entfernt. Wie feststellte wurde, hand- elte es sich um die Inhaberin einer Kochschule in Stuttgart, die infolge wirtschaftlicher Verhältnisse den Tod auf den Schienen ge- sucht hat.

Rehl, 10. Des. Maul- und Klauenseuche. Im Farnenstall der Ge- meinde Lichtenau ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen, dergleichen in den Gehöften der Landwirte David Pfleger und Wilhelm Hach in Schwarzach.

Petersell (Amt Billingen), 10. Des. Guter Fang. Ein guter Fang ist hier der Gendarmarie St. Georgen gelungen. Schon einige Zeit bemerzte der Wirt zum Badhof, daß aus seinem Dapsel- tank Benzin und Öl entwendet wurde. Die Diebstähle hörten auch nicht auf, als das Schloß ausgewechselt wurde. Als der Wirt nun nach einem Autofahrer Benzin verabfolben sollte, fand er seinen Tank wieder geöffnet und daneben einen halbgefüllten Re- servertank. Der Dieb hatte Reifens genommen. Die Gendarmarie kam ihm jedoch bald auf die Spur und konnte ihn in Gestalt eines 26jährigen Landwirts aus Lützelbrunn festnehmen, welcher schon verschiedentlich in der Gegend gefahren worden war. Nach anfäng- lichem Leugnen gestand er auch die Diebstähle ein. Den vorgefun-

denen Reservertank hatte er in Württemberg aus einem Auto ge- stohlen. Für den Benzintank des Gastwirts hatte er sich einen Nachschlüssel zu verschaffen gewußt.

Literatur

Alle an dieser Stelle besprochenen und angeführten Bücher und Zeit- schriften können von unserer Verlagsbuchhandlung bezogen werden.

Miesau und Kitzsch, Erdbeschichte in Märchen. Mit 10 künstlerisch verwirklichten Zeichnungen geschmückt. Kartoniert 2.— Mark, in Galbstein 2.50 Mark. — Märchen? Ja, diese Erzählungen aus der Geschichte un- serer Erde sind aber keine Märchen von Elfen Feen und anderen guten oder bösen Gabeleuten. G. E. Graf schildert vielmehr annuitig belebt, Feuerfugel bis zur Heimat des Menschen sich im Laufe der Jahrtausende entwickelt hat. Die Erde ist als Kind der Sonne entstanden und noch glüht in ihr das Feuer ihrer Mutter Sonne. Die Götterzeiten rücken in breiter Front von Norden nach Süden vor und begraben alles Leben unter sich. Aber gerade mit dem Niedergang der Götterzeit in der Zeit der gewaltigen Achsezeit, da greift der Mensch zum ersten Male zum Werkzeug, da fängt im großen Ausmaß gefahren die Zeit an, in der wir heute noch leben. Kein anderer wie G. E. Graf, der eine glänzende Darstellung mit ausgezeichneten sachlichen Kenntnissen verbindet, kann so leichtverständlich und spannend das wahre Märchen der Geschichte der Erde erzählen. Bedenke! treten die Geschicknisse, die Jahrtausende zurücklegen, vor das Auge des Lesers und ganz ausgezeichnete Bilder unterfütigen die Vorstel- lungskraft. Das Buch gehört in die Hände unserer Schulkinder. Aber auch der erwachsene Mensch wird gern danach greifen, um es selbst zu lesen, oder seinen Kindern daraus zu erzählen. Wenige Bücher kann man so unbedingt als Geschenke empfehlen, wie dieses wertvolle Buch. Kauft es!

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 9. Dezember: Friederike Keller, 67 Jahre alt, Witwe von Emil Keller, Nagas, Verwalter. Beerdigung am 12. Dezember, 14 Uhr. Luise Frank, 82 Jahre alt, Witwe von Philipp Frank, Tagelöhner. Beerdigung am 12. Dezem- ber, 11.30 Uhr. Lina Metz, 61 Jahre alt, Witwe von Mathias Metz, Gastwirt. Beerdigung am 12. Dezember, 11 Uhr. Frieda Lamp, 46 Jahre alt, Ehefrau von Karl Lamp, Blechler (Darlan- den). — 10. Dezember: Elise Dürr, 65 Jahre alt, Ehefrau von Ralph Dürr, Blechmeister. Beerdigung am 12. Dezember, 14.30 Uhr. Lore, 2 Monate, 14 Tage alt, Vater Wilhelm Hecht, Schmied (Späd).

Vereinsanzeiger

Der 5. u. 6. Jahrgang 80 Pfg. 40 Hefen
 Vereinsangehörige haben unter dieser Rubrik in der Regel freie Rede. — Der werden von Ref. am 1. 1. 1932.

Karlsruhe.
Freier Schützenverein. Morgen Samstag abend 8 Uhr im „Sala- men“ wichtige Mitgliederversammlung. 8933 Der Vorstand.
Sängerbund Vornwärts. Freitag halb 9 Uhr Singabend, 8926
F.R. Weststadt. Samstag abend 8 Uhr Generalversammlung „Stadt Baden“. Anschließend gemütliches Beisammeln. 8925
Volkshar West. Die bereits auf Samstag verlegte Singabende findet heute am Freitag schon statt. Um rege Weiterentwicklung erucht der Sängervorstand. 8923
Naturfreunde. Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsfeier (Sonntag, den 20. Dezember, nachmittags 4 Uhr) heute abend im Lokal. Schluß der Anmeldungen: Montag, den 14. Dezember. 8916
WGB, Karlsruhe, Durlach, Ettlingen. Sonntag, den 14. Dezem- ber, abends 7 Uhr beginnend, findet in unserem Volkshaus der 11. Vortrag des Bildungsprogrammes statt. Kollege Sigmund, Kor- titender der Ortskantonsstelle Karlsruhe, spricht über die Kantons- verfassung nach dem neuesten Stand. Nicht nur Kartellbelegierter, Betriebsräte und Vertrauensleute, sondern alle Mitglieder unserer Organisationen haben durch Vorgesetzten ihres Verbandsausweises Zutritt. Um zahlreichen Besuch bittet der Vorstand. 8898
Naturfreunde, Ortsgr. Durlach. Sonntag, 13. Dezember, abends 7.30 Uhr, Musikabend im städt. Vortragsaal (Volkshaus). Un- kostenbeitrag: Erwerblose 20 Pf., Bezahlte 40 Pf. Hierzu sind unsere Mitglieder und Freunde freundlichst eingeladen. Die Ortsgruppenleitung.

Weihnachts-Geschenke
 für wenig Geld: Marken-Bestecke
 8901 Chrom-Auflage, kein Putzen der Bestecke Silberauflage
 1/2 Dtz. Edißel 3.80 7.20 usw.
 1/2 „ Edgabeln 3.80 7.20 „
 1/2 „ Eßmesser 12.80 13.50 „
 1/2 „ Kaffeelöffel 2.15 4.50 „
Riesen-Auswahl in la Nagelpflege und Nähetuis billigst
 „ Rasier- u. Haargarnituren „
 „ Taschen- u. Tourenmesser „
 „ Obstmesser u. Obstbockelcke „
 „ Kuchengabel mit Schneide und Kuchenheber „
 „ Näh- u. Gellügscheren „
 „ Jagd- u. Sportwaffen, Luft- gewehre usw.
 nur in den ältesten Fachgeschäften
Geschw. Schmid + P. Schäfer
 Kaiserstraße 88 Erbrprinzen-
 und Waldstraße 46 schmede und Feinhalbfabrikat

Unser großer Weihnachts-10% Vorverkauf
 Kamelhaarart, Damen- Pantoffle, mit Filz und Ledersohle 1.65
 Kamelhaarart, Damen- Kragenschuhe mit Filz- und Ledersohle 1.75
 Schwarze und braune Damen Ueberschuh 5.65
 Damen-Knopfstiefel braun und schwarz warm gefüttert 11.25
 mit 10% Rabatt
 dauert nur noch bis 14. Dezember
Schuh-Danger
 Das größte führende Haus

Trauringe
 in Gold das Paar v. 12 Mk. an empfiehlt
Chr. Fränkle
 Goldschmied
 Kerpstraße, Passau
 Zu Weihnachten **DURLACH**
Sportartikel - Rauchwaren
 kaufen Sie preiswert im **Sporthaus Meier**
 Hauptstraße 11

Man darf heute keinen Tag verpassen!
 Der Wunschzettel für Weihnach- ten wird schon jetzt aufgestellt. Es ist deshalb nicht zu empfehlen, mit der Werbung erst einige Tage vor Weihnachten einzusetzen, weil dann erfahrungsgemäß die meisten Einkäufe schon getätigt worden sind. Veröffentlichung auch Sie die Ankündigung in einer beliebigen Tageszeitung, die Ihren Lesern täglich das Neueste bringt und deren Erscheinen deshalb in den Haushalten mit größtem Interesse entgegengelesen wird. Ihre Angebote kommen an kauflustige Schichten, wenn Sie im vielgelesenen Volksfreund inserieren.

Oefen
 für Gas, Kohle, Petroleum
 7710 zu bedeutend ermäßigten Preisen
Otto Stoll, Eisenwaren, Kaiserplatz

Für Weihnachten
Damenstrümpfe
 Reine Wolle, kräftige Qualität, Paar 1.90
 Burchards „Giri“, künstlicheWäscheide 1.90
 Wolle mit Kunstseide 2.90 1.90
Wollwaren
 Herren-Pullover, reine Wolle mit Aermel 3.90
 Damen-Pollover, mit hellfarbiger be- stückter Passe 6.90
 Damen-West, gute Strapazierqualität, mit Bordürenkragen 6.90
Trikotagen
 Damen-Schlüper, Baumwolle, innen gerauht, mit Kunstseidendecke, 1.—
 2 Stück Kinderschläper, Plüschfutter oder Baumwolle mit Kunstseidendecke, 1.—
 Gr. 30, 32, 34
 Damen-Rock, Baumwolle mit Kunst- seidendecke, Gr 90, 100, 110, Stück 1.90
Regenschirme
 für Herren mod. Aus führung 3.90
 für Damen 16 teilig K'seide 3.40
Burchard

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

11. Dezember.

1781 *Italienischer Revolutionär B. Buonarrotti. — 1801 *Dra-
maautor Cbr. D. Grabbe. — 1803 *Französischer Komponist S.
L. Couperin. — 1843 *Bakteriologe Robert Koch. — 1899 Aufhebung
des Verbots der Verbindung von Vereinen. — 1919 Hungerrevol-
te in Oesterreich. — 1920 Schweizerischer sozialistischer Parteitag
in Bern (Spaltung).

Eine Wirtshauszene

Der Raum der Wirtstube war erfüllt von Rauch. Auf
den Tischen hatten sich kleine Bierlachen gebildet, in denen
die Gläser herumschwammen. Ein Lautsprecher schmetterte
Liedermusik in den Raum. Die Töne, aus einem mondänen
Lied übertragen, kontrastierten seltsam mit der Kermisheit
des Raumes und schienen aus einer anderen Welt zu kom-
men. Die Stimmen der Männer überdachten schrill die haden-
haften Takte des Jazz.

„Wir brauchen wieder Militär!“ sagte der Mann im
Anzug. Er hatte seine Sinne nicht mehr bei
sich. Seine Kameraden belächelten ihn an seinen täp-
feren Gebärden und bemähten sich, ihn gänzlich wehrlos zu
machen.

„Jawohl, ich bin ein alter Soldat.“ ließ er sich wieder ver-
nehmen.

„Wir brauchen wieder Militär!“ fuhr er fort. „Was war
das so schön! O, meine Söhne müßten auch wieder Soldaten
sein!“

„Hurra!“ unterbrach eine Stimme die Gedankengänge des
Betrunknen. „Nix Hurra! Keinen Krieg! Keinen
Krieg! Nur Soldaten brauchen wir!“ sagte der im dunkel-
blauen Anzug.

„Wozu brauchen wir denn Soldaten, wenn kein Krieg ge-
führt werden soll?“ fragte jemand.

„Das kann ich dir jetzt nicht erklären, ich bin nämlich be-
trunken.“ sagte der Beschwippte in einem Anflug tiefer Selbst-
kenntnis.

„Das merkt man! Deine Gefinnungsfreunde können uns
das auch in nächsterem Zustand nicht erklären!“
sagte er.

„Ich bin national, ich bin ein guter Deut-
scher!“ beteuerte wiederum der Dunkelgrüne.

„Jetzt weiß ich auch, warum du so tust.“ mischte sich der
Mann im Anzug. „Du gehörst zu den Harzburgern!“

„Ach was, Harzburger!“ stammelte der Angeheiter, mit
den Händen will ich nix zu tun haben!“

„Die in Harzburg sind doch lauter Gefinnungsgenossen von
mir.“ Das sind alles nationale Männer!“

Der Betrunkene ließ wieder fröhlich und abgehackt seine
Stimme erklingen:

„Diesmal bin ich für die Regierung!“
Kohlend fragten die Kameraden:

„Sagst du auch auf die Judenrepublik geschimpft,
warum auf einmal so hoch?“

„Müßig brachte der Angeheiter den Satz hervor:
„Ich hab' nämlich geredet! Und das verdammte
Fickgeld von den Nazis, damit könnt ich
doch nichts anfangen!“ Langsam in Halbglas hin-
über, hauchte der nationale Mann zuguterletzt das Wort:
„National!“

„Eine ernste Bassstimme aus einer Ecke der Kneipe funkte:
„Unser Herrgott hat einen großen Tiergarten.“

Der Betrunkene, dem der Zwischenruf galt, hörte nichts
mehr, denn er hatte bereits damit begonnen, seinen Rauch
auszuschlafen.

„Nazi-Plattner erhält wegen Beleidigung
des Genossen Koch 60 Mk. Geldstrafe“

Im Auf die Klage des Gewerkschaftssekretärs W. Koch hatte
das Gericht vor dem Amtsgericht (Vorstand des Amtsgerichts
Koch) vor dem Jahre alte Kaufmann Friedrich Plattner
(NSDAP) als Friedrichstal wegen Beleidigung des Privatklägers
zu verurteilen. Der Angeklagte Plattner, Geschäftsführer
der NSDAP, hatte unterm 11. September im Führer einen Ar-
tikel unter der Überschrift „Der Parteireisende heult“ ver-
öffentlicht, der eine Reihe Beleidigungen des Privatklägers ent-
hielt. Es ist darin die Rede von dem „fatigsten“ Betriebs-
leiter des Koch, von der „Koch'schen Menagerie“, dem „Doh-
ren“ vor dem Scheuer mit dem SPD-Gesicht“, dem „dicken Bon-
nen“ und im Schlußwort heißt es schlichtlich:

„Bönslein, Bönslein laßt euch sagen,
Eure Stund hat bald wecheln.
Ob ihr schimpft auch noch so sehr;
Lange dauert's nimmermehr!“

Der inkriminierte Artikel war eine Antwort auf einen im Volks-
freund unter der Überschrift „75 Betriebszellen kämpfen in Ba-
den“ erschienenen Artikel, von dem der Beklagte annimmt, daß ihn
er geschrieben hat. Der Privatkläger bestritt, diesen Artikel
geschrieben zu haben. Er habe von ihm erst
erlangt, nachdem er den Artikel Plattners im Führer ge-
lesen habe. Im Laufe der Verhandlung kam es zu längeren scharfen
Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien, wobei Platt-
ner u. a. erklärte, die Spalten würden es von den Dächern pfeifen,
daß Koch in einem Jahre in Karlsruhe nichts mehr zu sagen
werde! (Altweibergespräch 1. Güte, das so recht die Inten-
sion des Nazi-Plattner verrät. Die Red.) Koch erwiderte, wie
NSDAP zu bestimmen. Letzterer verwies darauf, daß gegen Platt-
ner wegen bestimten Tones — in einzelnen Verleumdungen habe
das Aufführen und Halsweiltnehmen eine Rolle gespielt — Rede-
wörter ergangen sei. Koch betonte, er beschigne denjenigen, der die
Behauptung aufstellte, er habe jenen fraglichen Artikel im Volks-
freund geschrieben, als Lügner.

Das Gericht verurteilte Plattner wegen Beleidigung zu 60 Mark
Geldstrafe. Dem Privatkläger wurde die Befugnis zuerkannt, das
Urteil im Führer öffentlich bekannt zu machen. In den Urteils-
gründen wird ausgeführt, daß der Angeklagte nicht den Schutz des
§ 193 für sich in Anspruch nehmen könne; er könne ihn nur für sich
in Anspruch nehmen, wenn die Interessen, die er wahrnimmt, ihm
sonders nahe seien. Neben den anderen Ausdrücken sei auch der
Ausdruck „Böns“ zweifellos als eine Beleidigung anzusehen.

Zum Geldraub auf der Albtalbahn

wird uns noch gemeldet: Die beim Postamt Ettlingen täglich
eingehenden Postgelder wurden wie üblich mit dem in Ett-
lingen 18.55 Uhr jahrplanmäßig verkehrenden Zug der Albtal-
bahn mit den übrigen Postwagen nach Karlsruhe befördert.
Die Postgelder im Betrag von 9000 M. mußten auf der Fahrt
von Ettlingen nach Karlsruhe entwendet worden sein. Der
Diebstahl wurde erst in Karlsruhe bei der Entgegennahme
der Postwagen bemerkt. Die Gendarmerie fahndet eifrig nach
dem Täter. Nach Verlautbarungen soll infolge der Sparmaß-
nahmen der bisher den Postwagen begleitende Beamte der
Reichspost eingepart worden sein. Sollte dies zutreffen, so
könnte man allerdings von einer Einparung nicht reden, denn
das gestohlene Geld hätte drei Jahre ausgereicht, einen Beamten
zu bezahlen. Der Täter muß allerdings mit den Verhält-
nissen sehr gut bekannt gewesen sein.

Die Oberpostdirektion teilt noch mit:
Am 9. Dezember, abends zwischen 7 bis 8 Uhr ist eine Wert-
kiste mit 9000 RM. Bargeld vom Postamt Ettlingen auf dem
Transport von Ettlingen nach Karlsruhe entwendet worden.
Die polizeilichen Untersuchungen wurden sofort aufgenommen.
Die Oberpostdirektion Karlsruhe hat für die Ergreifung der
Täter und Wiederbefreiung des Betrages eine Belohnung
bis zu 500 RM. — entsprechend der Höhe des wiedererlangten
Geldbetrages — ausgesetzt. Die Verteilung erfolgt unter
Ausschluß des Rechtsweges.

Kombinierte Funktionärerversammlung

Sonntag, 13. Dezember, vormittags 10 Uhr, findet im
„Elefanten“ eine Funktionärerversammlung statt.

Referent: Genosse Reichstagsabgeordneter Schöpplin.
Thema: Vorherigen Entscheidungen.

Zutritt zu dieser Versammlung haben die Parteifunktionäre,
sowie alle auf dem Boden der SPD. stehenden Gewerkschafts-
kollegen (NSGB, Ufa., UDB), Arbeiterportler und Arbeit-
erführer.

Mitgliedsausweise mitbringen, da am Saalein-
gang Kontrolle.

Straßenverkehr im November 1931

Der Wasserstand des Oberrheins ist im November 1931 mit kur-
zen Unterbrechungen dauernd gefallen. Am Pegel zu Wexau am
Ende des Monats 348 Zentimeter. Bei der Großschiffahrt nach
Karlsruhe waren infolge des niedrigen Wasserstandes in den drei
letzten Wochen des Monats Leichterungen erforderlich; auch wurde
die Schiffahrt auf dem Oberrhein im November wiederholt durch
Nebel behindert.

Im Karlsruher Rheinfahrt sind im November 96 Güterboote
und Motorboote, sowie 277 Schleppboote ankommen und 77
Güterboote und Motorboote, sowie 297 Schleppboote abgegangen.
Der Schiffsverkehr im Karlsruher Rheinfahrt ist hiernach gegen-
über dem Monat Oktober 1931 bei der Ankunft etwas zurückge-
gangen, dagegen beim Abgang gewachsen. Im Vergleich zum No-
vember 1930 war der Schiffsverkehr im November 1931 außer-
ordentlich stark, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist,
daß im November 1931 der Wasserstand für die Großschiffahrt un-
günstiger war als im November 1930, so daß 1931 zur Förderung
der anfallenden Güter viel mehr Fahrzeuge als 1930 verwendet
werden mußten.

Der Gesamtverkehr des Karlsruher Rheinfahrtens war im No-
vember 1931 rund 20 000 Tonnen schwächer als im Oktober 1931,
dagegen rund 90 000 Tonnen stärker als im November 1930. In
den verlassenen 11 Monaten des Kalenderjahres 1931 hatte der
bisherige Daten einen um rund 70 000 Tonnen größeren Gesamtver-
kehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Aus Organisationen und Vereinen

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Die Ortsgruppe Karlsruhe unseres Verbandes hat trotz der Not
der Zeit sich nicht nehmen lassen, zu Ehren der Verbandskollegen,
welche 25 Jahre der Organisation angehören, eine Veranstaltung
zu treffen, welche am Samstag, den 5. Dezember, im Volkshaus
stattfindet. Nachdem der 2. Vorsitzende, Kollege Densler, die
Erschienenen begrüßt hatte, ergriff Kollege Ritter das Wort und
führte den Anwesenden den Entwicklungsstand der Organisation
vor Augen. Wenn schon vor Jahrzehnten der Zusammenhalt der
Berufstätigen notwendig war, um sich gegen die Ausbeutung und
Unterdrückung zur Wehr zu setzen, so ist dies in der heutigen Zeit
in verstärkter Weise der Fall. Heute handelt es sich um die ge-
rechte Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeit und Erhal-
tung der hoch liegenden Arbeitskräfte durch soziale Einrichtungen
und Erziehungsmethoden. Nicht mit neuen Rezepten der Koch und

Achtung! **Ausstellung!** **Achtung!**
Am kommenden Samstag, den 12. und Sonntag, den 13. Dezem-
ber findet im Jugendheim (Ecke Baumeisterstraße und Rüberr-
straße), blauer Saal, eine

Kote-falken-Ausstellung
mit Verkauf von billigem Kinderpielzeug

statt. Partei-, Gewerkschaftsangehörige, Arbeiterportler, Arbeiter-
jugend, Volksfreundler begrüßt diese Ausstellung. Schl. was die
Koten Falken in ihren Heimabenden lernen und treiben.

Geführt: Samstag von 4 bis 8 Uhr, Sonntag von 10 bis 7 Uhr.
Eintritt frei!

Nazi wird etwas besseres erzielt, sondern der Kampf aller gegen
alle heraufbeschworen, wobei die dunklen Gestalten und Jubiler
des Kapitals sich austoben könnten. Zur Bekämpfung dieser Ge-
fahren brauchen wir nach wie vor starke Gewerkschaften und den
ehernen Willen der Sache der Arbeiterklasse zum Siege zu verhel-
fen. Wir freuen uns daher auch in diesem Jahre wieder 21 Kolle-
gen in unserer Mitte zu haben, welche allen Stürmen zum Trost
seit 25 Jahren treu zur Fahne stehen und worunter sich zwei Vor-
standsmitglieder befinden. Hierauf wurde den Jubilaren ein künst-
lerisches Diplom und deren Frauen, welche vollzählig anwesend
waren, ein passendes Geschenk überreicht.

Koll. Andr. Meier dankte im Namen der Jubilare für diese
Ehrung und richtete fröhliche Worte an die jungen Kollegen, sich
seiner verschwommenen Visionen hingeben, sondern das Werk
der Ältern fröhlich weiter zu führen. Nach erläuternden Worten des
Koll. Ritter zur kommenden Arbeitskonferenz wurde eine Ent-
scheidung für Abrüstung und Volkfrieden einstimmig angenom-
men und an die Reichsregierung weitergeleitet.

Anschließend sorgte die Hauskapelle für Unterhaltung und
gar mancher freiwillige Beitrag aus wahren Begebenheiten und
Dichtungen fand lebhaften Beifall, so daß auch diese Veranstaltung
als ein Erfolg für den Gedanken der Solidarität gebucht werden
kann.

Vorsicht bei Teppicheinkäufen

Der Karlsruher Einzelhandel klagt mit: In letz-
ter Zeit mehren sich wieder die Klagen bei uns, daß die sogenan-
ten Teppichhändler versuchen, mit kleinen Schiffsreisen in den
Lagestellungen an die Privatfondenschaft heranzukommen. Die An-
zeigen sind so gemacht, daß das Publikum glauben muß, irgend ein
Privatmann wolle billig einen Teppich verkaufen. Hinterher stellt
sich aber meistens heraus, daß die Anzeigen von Teppichhändlern
aufgegeben worden sind, die auf diese Weise versuchen, Adressen
von Kaufleuten zu erhalten. Läßt der Privatmann den Besuch
des Teppichhändlers zu, so versucht dieser meistens, ihn durch
schwindelhafte Angebote und Vorbiegelung falscher Tatsachen zum
Kauf zu veranlassen. Einen solchen Fall haben wir gerade wieder
in letzter Zeit aufgedeckt.

In welche Unannehmlichkeiten die Privatleute kommen können,
wenn sie von Teppichhändlern kaufen, zeigt uns ein Fall, der uns
aus Sachsen gemeldet wird. Dort hatte vor etwa einem Jahr ein
Teppichhändler bei einer Familie vorgeprochen und wollte
Orientteppiche verkaufen. Der Kauf war aber nicht zustandekom-
men. Jetzt erhält diese Familie von einem Rechtsanwalt die Auf-
forderung, die Teppiche sofort wieder herauszugeben, da sie dem
Verkäufer gar nicht gehört hatten und er nicht berechtigt gewesen
war, die Teppiche zu verkaufen. So kann es also passieren, daß
Privatleute, die bei fliegenden Händlern Teppiche kaufen, hinter-
her diese Teppiche wieder an den richtigen Eigentümer zurückgeben
müssen und nicht nur den Teppich, sondern auch das an den unbe-
kannnten fliegenden Händler bezahlte Geld los sind.

(-) **Auflösung einer kommunistischen Versammlung.** Da nach der
neuen Notverordnung öffentliche politische Versammlungen nicht
mehr stattfinden dürfen, wurde gestern nachmittags zwischen 5 und
6 Uhr eine von kommunistischer Seite in die Wirtshaus am Saal-
bau einberufene Versammlung aufgelöst. Der Redner und ein weite-
rer Versammlungsteilnehmer wurden festgenommen; sie werden
dem Schnellrichter vorgeführt.

(-) **Ehrung.** Der Pöblistische Verein in Frankfurt a. M. hat
den ehrenvollen Honorarprofessor für Meteorologie an der Techn.
Hochschule Karlsruhe und Direktor der Bad. Landesmeteo-
marie, Dr. W. Pöpller, in Anerkennung seiner wertvollen Forschungs-
arbeiten auf dem Gebiete der Meteorologie zum Ehrenmitglied er-
nannt.

(-) **Winterhilfe.** Man schreibt uns: Groß ist die Not, aber
groß ist auch die Zahl derer, die helfen, dieser Not zu helfen.
Viele helfen heute schon über ihre Verhältnisse. Manche Geschäfts-
leute bringen trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage Opfer, welche
auch über ihre Kräfte gehen. Daß es immer noch Leute gibt,
die zu weiteren Opfern bereit sind, zeigt der Inhaber des Restau-
rants und Kaffees Moninger, Herr Herrenknecht, der durch Schül-
erleistung der Not der Kinder der Volkshaus zu lindern sucht. Die
Schule mit ihren Lehrern und den Beisitzenden danken herzlich für
dieses reiche Opfer. Mögen doch noch viele diesem Beispiel folgen.

(-) **Generalmusikdirektor Josef Krips nach Wien eingeladen.** Die
Direktion der Staatsoper hat den Generalmusikdirektor Josef Krips
(Karlsruhe) als Gastdirigenten eingeladen, der die Neueinfüh-
rung des „Zigeunerbaron“ übernehmen und am Silvesterabend
dirigieren wird.

(-) **Tagung des Bad. Landesverbandes gegen den Alkoholismus.**
Die diesjährige Landesversammlung des Bad. Landesverbandes
gegen den Alkoholismus findet am Mittwoch, 16. November 1931,
nachmittags 3 Uhr, im „Haus der Gesundheit“ hier statt.

(-) **Arbeiter-Radiobund Deutschlands e. V. Ortsgruppe Karlsru-
he.** Die Poststunde findet am Freitag doch statt, nachdem die
Grundbesitz-Versammlung der Notverordnung zum Opfer fiel. Auf
die Mitteilung der Ortsgruppe im Arbeiterfunk betr. Zeitungs-
bestellung wird besonders hingewiesen.

Küppurr

Parteierversammlung. Vergangenen Mittwoch hatte der Partei-
verein Küppurr eine außerordentliche Mitgliederversammlung abzu-
halten. — In ehrenden Worten gedachte der Vorsitzende des ver-
storbenen Parteigenossen Vohner. Gen. Lohner hat ein typisches
Proletarierleben hinter sich. Er blieb trotz großer Not bis zu
seinem Tode der Partei und der Sache der Arbeiterklasse treu. Wir
werden ihm immer ein treues und ehrendes Andenken bewahren.

Nach der Bekanntgabe einiger lokaler Mitteilungen hielt Gen.
Seins Bauer ein gutes Referat über „Wirtschaftsanarchie oder
Sozialismus“. Der Redner gab ein Bild von der weltwirtschaft-
lichen Lage und zeigte den daraus resultierenden Anarchismus der
kapitalistischen Wirtschaft. Die einen erfinden im Reichtum und
ander verbüßern trotz dieses Reichtums. Diese Wirtschaftsanarchie
beruht in Amerika so schlimm wie in Europa. An Beispielen
wurden die Wirkungen angesetzt, die eine Privatwirtschaft und
eine sozialistische Bedarfswirtschaft zeitigen können. Es wurde die
Geschichte der kapitalistischen Wirtschaft in klarer und jederman
verständlicher Weise aufgerollt und dabei auch interessante Bilder
aus der Gegenwart gegeben. Besonders lehrreich waren die Zah-
len über die Einkommens- und Verteilungsverhältnisse in
Deutschland. Das Wesen der Krise und die Besonderheit der heu-
tigen Krise war Gegenstand und Subventionspolitik, das Ein-
greifen des Staates in die Anarchie dieser Wirtschaft sind für alle
Lehr des Studiums wert. Auch das Problem Rußland und dessen
Aufbau wurde behandelt. Zum Sozialismus werden wir nur
über die Einigung der ganzen Arbeiterklasse kommen. — Eine sehr
lebhaft und auf gutem Niveau stehende Diskussion beendete den
schönverlaufenen Parteitag.

Veranstaltungen

Café Oberr. Um auch den Damen und Nachmittagsgästen Gelegenheit
zu bieten, einige der beliebten neuen Arrangements und Variationen des
Orchesters Otto Bibus-Langer zu hören, findet heute 16 Uhr ein Sonder-
nachmittag statt. Abends auf allgemeinem Wunsch „Mit der Mirova
durch Europa“. Das Weihnachts-Intermezzo sowie die neue Weihnachtsschau
sind in Vorbereitung. Siehe die Anzeigen.

